Deutsche Rundschau in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 5500000 Mark. In den Ausgabestellen monatl. 5000000 Mk. Bei Postbezug monatl. 5512000 Mk. Unter Streifbd. in Polen montl. 9000000 Mk., Danzig 2,5 Guld. Deutschl. 2,5 Rmk. Einzelnummer 300000 M., Sonntags u. Feiertags 350000 M. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörg., Arbeitsniederlegung od. Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferg. der Zeitg. od. Rückzahlg. des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 150000 Mark, die 90 mm breite Reklamezeile 750000 M. Danzig 10 bz. 50 Dz.-Pf. Deutschland 10 bzw. 50 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 500000 Mk. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 26. Bromberg, Donnerstag den 31. Januar 1924. 48. Jahrg.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Von der Berliner polnischen Gesandtschaft wird der „Telegraphen-Union" mitgeteilt:

„Die von manchen deutschen Zeitungen mitgeteilte Nachricht über bevorstehende deutsch-polnische Verhandlungen in Genf entspricht in dieser Form nicht den Tatsachen. Richtig ist vielmehr folgendes: Auf Grund des bekannten Beschlusses des Völkerbundrats vom 10. Dezember 1923 hat der Gesandte der polnischen Republik in Berlin, Herr von Olszowski, der deutschen Regierung eine Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen vorgeschlagen, und zwar Verhandlungen

1. über die Frage der Erwerbung des polnischen Staatsbürgerrechts im Sinne des Artikels 4 des Vertrages über nationale Minderheiten und

2. über einige andere Rechtsfragen des Artikels 3 desselben Vertrages.

Gleichzeitig hat der polnische Gesandte die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen über sämtliche bei den Dresdener Verhandlungen in Frage kommenden Angelegenheiten vorgeschlagen, soweit diese nicht inzwischen im Wege anderer Verträge geregelt worden sind. Der polnische Gesandte hat diesen Vorschlag dem deutschen Außenminister am 19. Januar 1924 übermittelt. Bis jetzt hat aber die Berliner polnische Gesandtschaft vom Auswärtigen Amt noch keine Antwort bekommen. Als etwaiger Anfangstermin für derartige Verhandlungen wurde polnischerseits der 10. Februar vorgeschlagen." —

Aus der Vorgeschichte der neu einzuleitenden Verhandlungen teilt die Tel.-Union im Anschluß an die Auskunft der Berliner polnischen Gesandtschaft folgendes mit: „Im Jahre 1922 wurden auf deutsche Anregung deutsch-polnische Verhandlungen in Warschau beschlossen, und diese fanden dann im vergangenen Jahre in Dresden statt. Sie fanden ihren vorzeitigen Abschluß, weil die verhandelnden Parteien sich über die Fragen des Staatsbürgerrechts nicht einigen konnten. Inzwischen hat der Völkerbund ein Gutachten beim Haager Schiedsgerichtshof eingeholt, und auf Grund dieses Gutachtens wichtige Entscheidungen getroffen, wobei Polen die Wiederaufnahme der Verhandlungen über diese Frage unter der Aegide des Völkerbundes aufgegeben wurde. Es sind dies die in dem Kommuniqué der polnischen Regierung erwähnten Streitfragen über Artikel 3 und 4 des Vertrages über nationale Minderheiten. Daneben sollen nach Wunsch des Völkerbundes gleichzeitig und parallel laufend auch die Verhandlungen über die seinerzeitigen Gegenstände der Dresdener Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Es handelt sich hierbei um etwa dreißig verschiedene Gegenstände politischer, wirtschaftspolitischer und rein wirtschaftlicher Natur. Von deutscher Seite aus war angeregt worden, die Staatsbürgerrechtsfragen am Sitz des Völkerbundes in Genf, die übrigen Fragen in Berlin oder Warschau stattfinden zu lassen. Polen scheint anregen zu wollen, beide Verhandlungen gleichzeitig in Berlin stattfinden zu lassen. Hierfür wäre allerdings Voraussetzung, daß die Beteiligung des Völkerbundes an den staatsbürgerlichen Fragen unter allen Umständen gesichert bleibt."

Westmarkenverein und Weichselpost.

Ein Beitrag zur Frage der Völkerversöhnung

Aus der Westmarkenwoche, die für die Zeit vom 13. bis 20. Januar in Aussicht genommen war, sind schließlich zwei Wochen geworden, da in unserem Bezirk die Veranstaltung auf die Woche vom 20.—27. Januar verlegt wurde. Aus dem Aufruf an die Bevölkerung zur Beteiligung an der „Woche" möchten wir noch nachträglich eine kleine Probe geben, die den Geist der ganzen Veranstaltung kennzeichnet. Es heißt darin u. a.:

„Ihr wißt doch, was der Deutsche immer für den Polen war. (Anm.: nicht das, was der Haß des Westmarkenvereins als Zerrbild zeichnet.) Ihr wißt, was für Polen Preußen und Deutschland war. (Anm.: Deutsche Soldaten haben Polen die Unabhängigkeit erkämpft!) Ihr wißt, wieviel polnische Tränen und polnisches Blut vergossen werden mußten, bevor uns der Tag der Freiheit erblühte. (Anm.: Das sollte dazu verpflichten, nicht andere Leute Tränen vergießen zu lassen!) Aber Ihr müßt wissen und dürft nicht vergessen, daß auch heute unser ewiger Feind neidisch auf die schwachen Grenzen der Westgebiete blickt (Anm.: Das ist eine tendenziöse Lüge), daß noch heute, wie früher wir, Millionen von Polen in Ermland, im Weichselgebiet, in Masuren und im Oppelner Schlesien unter der grausamen Herrschaft der Preußen seufzen. (Anm.: Wir bezweifeln, daß die polnische Minderheit in Deutschland Millionen umschließt.)

Ihr müßt wissen, daß unsere Kränkungen nicht ausgelöscht sind, die uns in den Tagen seiner Macht und unserer Demütigung unser räuberischer Feind zugefügt hat.

Daß große Teile polnischer Erde, die uns gewaltsam entrissen worden sind, noch heute unsere früheren grausamen Unterdrücker ernähren müssen.

Daß noch jetzt, nach fünf Jahren der Freiheit, in unserem Grenzgebiet widerrechtlich Tausende deutscher Optanten leben, die unserer Untätigkeit spotten, während Deutschland grausam elende und wohnungslose polnische Arbeiter ausweist und sie materiell und moralisch vernichtet. (Anm.: Der Westmarkenverein weiß ebenso gut wie wir, daß der Friedensvertrag die Optanten nicht des Landes verweist und daß die Ausweisungen der Saisonarbeiter nur für zwei Monate, die Ausweisungen der Reichsdeutschen und Optanten vermutlich für dauernd ausgesprochen wurden.)

Ihr müßt eins vor allem wissen, daß die Hilfe für uns und unsere Brüder nur von uns kommen kann und muß. Wisset es und erwägt es!"

Unterzeichnet ist dieses den Geist frommer Sitte und christlicher Nächstenliebe atmende Dokument, das in den Tagesblättern und durch Plakate veröffentlicht wurde, namens der Direktion und namens des Obersten Rats des „Verbandes zum Schutze der Westgebiete" von den Herren Mieczyslaw Korzeniewski und Ludwik Mycialski.

Dieser Aufruf, den wir als Dokument dafür festhalten, daß nach der Zeit der Emigration von mehr als 600 000 Deutschen aus dieser ihnen zum größten Teil seit Generationen angestammten Heimat die negative Haßpolitik noch immer Vertreter in unserem Lande findet, hat für Graudenz noch eine besondere Bedeutung. Hier wurde das Plakat öffentlich in den Schaufenstern ausgehängt und fand u. a. die Unterschrift des Präsidenten des wirtschaftlichen Verbandes der Polnischen Kaufleute, Herrn T. Marchlewski, der gewiß sehr erstaunt wäre, wenn man in Danzig, wo er ein Zweiggeschäft besitzt, gegen die polnische Minderheit, die dort zahlenmäßig weit geringer ist, als in Polen, eine analoge öffentliche Hetzagitation triebe.

Außerdem wird der Aufruf in Graudenz noch durch die deutschgeschriebene „Weichselpost" sanktioniert, die beharrlich vorgibt, für die Interessen der deutschen Minderheit einzutreten. Wir sehen unter den Unterschriften nämlich auch diejenige des Herrn Poźwinski, der das polnische Unternehmen leitet, in dem die „Weichselpost" erscheint. Noch bemerkenswerter aber ist es, daß auch der verantwortliche Redakteur der Weichselpost, Dąbowski, seinen Namen unter dieses Pamphlet gesetzt hat. Augenscheinlich glauben diese Herren, die deutsche Bevölkerung unseres Teilgebiets nicht nur hassen, sondern auch verspotten zu dürfen.

Wir stellen diese Tatsachen fest, und betonen von neuem, daß sich kein Staat auf die Pfeiler des Hasses gründen läßt, die überdies der wahrhaften Fundamente entbehren.

Ein Aufruf der Regierung.

Der Ministerpräsident hat folgenden Aufruf erlassen:

An die Bürger der Polnischen Republik!

Die vom Präsidenten der Republik berufene und mit dem Vertrauen des Sejm versehene augenblickliche Regierung hat das Steuer des Staates mit dem festen Entschluß übernommen, Ordnung in die öffentliche Wirtschaft einzuführen und vor allem den Sturz der Valuta aufzuhalten, der aus dem Mangel an einem Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Staates und der nicht durch Gold gedeckten übermäßigen Papiergeldfabrikation hervorgeht. Sejm und Senat haben der Regierung zur Erleichterung des Ausganges aus der finanziellen Krisis eine Reihe Vollmachten erteilt, die einen unverzüglichen Erfolg von Verordnungen gestatten, die zur Gesundung der Staatsfinanzen und Durchführung der Währungsreformen notwendig sind.

Die bisher unternommenen Mittel: Erhöhung und Beschleunigung der Vermögenssteuerraten, die Ausgabe von Steuerbons und der Eisenbahnanleihe zusammen mit der Valorisierung der Steuern und einer strikten Einhaltung der Sparsamkeit in den Ausgaben, bieten eine Handhabe, daß bereits in den ersten Februartagen der langerwartete Zustand eintreten wird, wo die Regierung die weitere Papiergeldfabrikation für die Bedürfnisse des Staates wird einstellen können.

Die Zusicherung der Nähe dieses Augenblicks bot der Regierung die Grundlagen für den Erlaß einer Verordnung des Präsidenten der Republik über die neue Währung — den polnischen Zloty —, die die heutige Mark ersetzen soll, und über das Statut der Polnischen Bank, die diese Währung auf starke Goldfundamente und andere gesetzliche Sicherungen zu stützen haben wird.

Die Regierung verzichtet ihrerseits vollständig darauf, sich wegen etwaiger Kredite für ihre Bedürfnisse an diese Bank zu wenden, um dem neuen Gelde die gesündeste Grundlage zu sichern. In einem so ernsten Augenblick, der für die Zukunft des Staates von größter Bedeutung ist, hält es die sich ihrer Verantwortung vor dem Volke bewußte Regierung für ihre Pflicht, sich an die Gesellschaft zu wenden, da von ihrer gewissenhaften und eifrigen Unterstützung eine schleunige und günstige Erledigung der von der Regierung unternommenen Valutareform abhängt.

Indem sie die Polnische Bank den Händen der Gesellschaft übergibt, hat die Regierung zur Vornahme der Wahlen der ersten Aktionäre der Bank ein besonderes Organisationskomitee berufen, die hervorragende und unabhängige Stellungen in unserem Wirtschaftsleben einnehmen. Ehe das geschieht, wird die Regierung der polnischen Mark bereits früher, und zwar in den ersten Februartagen, einen ständigen Wert durch die Einstellung einer weiteren Fabrikation derselben für die Bedürfnisse des Staates sichern. Zu diesem Zweck wird die Regierung die Aufsicht über die P. K. K. P. dem Organisationskomitee der Bank übergeben. Die möglichst größten Anstrengungen müssen in dieser Hinsicht gemacht werden, damit sowohl im Februar als in den anderen Monaten die Staatseinnahmen zur Bezahlung der Beamtengehälter ausreichen.

Das kann der Staat nur unter Beihilfe der ganzen Gesellschaft durch Steuern und eine Anleihe aufbringen. Zu der valorisierten Eisenbahnanleihe und den Goldbons werden in nächster Zeit valorisierte Zinspapiere erscheinen. Die Darlehnskasse wird valorisierte Spareinlagen annehmen. Die Regierung hat die Überzeugung, daß in kurzer Zeit die Finanzkrisis überwunden sein wird, was durch erhöhte Eingänge und große Sparsamkeit erreicht werden kann, die nicht nur in Staats-, sondern auch in Privatangelegenheiten angewendet werden muß. Ein Maßstab für die Bürger ist in jedem Staate auch die rechtmäßige Steuerzahlung, bei der der Bürger sein Vermögen wahrheitsgetreu einschätzt und die Staatsabgaben zum Termin bezahlt, und seine Ersparnisse im Lande, und nicht in fremden Valuten, oder gar im Auslande anlegt.

Wenn alle ihre Pflicht tun, werden bald normale Zeiten eintreten. Wenn alle das einsehen, so wird auch die valorisierte innere Anleihe und die Aktien der Staatsbank placiert werden, und die Steuern werden ohne Zwangsmaßregeln einfließen.

Gezeichnet: Ministerpräsident **Wladyslaw Grabski.**

Mark und Dollar am 30. Januar

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danziger Börse

1 Dollar = 9700000 p. M.
1 Dollar — 4,2 Billionen d. M.
1 Million p. M. — 0,68 Gulden

Warschauer Börse

1 Dollar = 9600000 p. M.
1 Danz. Gulden — 1660000 p. M.

Hilton Young verläßt Polen endgültig.

Der englische Finanzberater Hilton Young, der wieder in Polen eingetroffen ist, erklärte einem Vertreter des „Kurjer Polski", er könne sich über seinen Aufenthalt in Polen nicht ausführlich äußern, bevor er nicht mit der polnischen Regierung konferiert habe. Sein Aufenthalt in Polen werde jedenfalls nur kurz währen. Ich habe nur den Wunsch, hob Young hervor, diejenigen Studien zu Ende zu führen, die ich beim ersten Aufenthalt in Polen eingeleitet und die während meiner Abwesenheit von meinen Kollegen fortgesetzt wurden. Die Ergebnisse meiner Studien in Polen werde ich in einem Bericht dem polnischen Ministerpräsidenten überreichen. Ich hoffe, schon in den nächsten Tagen soweit zu sein, so daß ich Polen in zehn oder vierzehn Tagen werde verlassen können.

Wie der bekannte Warschauer Berichterstatter der „Voss. Zeitg." Max Theodor Behrmann erfährt, verläßt Hilton Young Polen demnächst für immer. Für Eingeweihte war es — nach dieser Korrespondenz — längst kein Geheimnis mehr, daß Youngs Ansichten und Vorschläge hinsichtlich der finanziellen Sanierung Polens an Warschauer maßgebender Stelle nicht geteilt werden. Namentlich ist Young absoluter Gegner der Schaffung einer Notenbank vor der natürlichen Stabilisierung der Polenmark und vor der Aufnahme einer ausländischen Anleihe. Young hatte vorgeschlagen, anstatt eines Finanzberaters ständige ausländische Instruktoren bei sämtlichen Minsterressorts mit Vetorecht zu schaffen, was abgelehnt wurde.

Macdonald gegen Poincaré.

Ramsay Macdonald gewährte dem Leiter des Pariser „Quotidien" eine Unterredung, in der er sich sehr aufrichtig und unverblümt über das Verhältnis zwischen England und Frankreich und über die Reparationsfragen ausließ.

Der neue englische Premierminister erklärte dabei: Man wirft Frankreich die Ruhrbesetzung vor, die nach unserer Ansicht die Hauptursache der wirtschaftlichen Notlage ist, die heute auf England lastet. Man wirft Frankreich vor, daß es nicht genügend Rücksicht auf die höheren Interessen Europas genommen habe, und daß es gar keine Rücksicht auf die besonderen Interessen Englands nimmt. Außerdem wird nach der allgemeinen Ansicht die moralische und finanzielle Unterstützung, die Frankreich den kleinen Nationen für ihre Bewaffnung angedeihen läßt, einen neuen Krieg unvermeidlich machen. Frankreich entnervt unser Volk, das sich in aller Aufrichtigkeit fragt, ob es sich nicht in die Notwendigkeit versetzt sieht, seinerseits militärische Vorbereitungen zu treffen und neue Allianzen zu suchen."

Macdonald bezeichnete es als Aufgabe seiner Regierung, die Gefahren abzuschätzen, die durch diesen Zustand und durch die gewaltigen eigenen Rüstungen Frankreichs heraufbeschworen werden könnten und die besten Geister beunruhigten und mißtrauisch machten. Er sei persönlich überzeugt, daß das französische und englische Volk Freundschaft für einander empfänden, aber gerade deshalb müßte man sich offen aussprechen, um Mißverständnisse zu beseitigen.

Zu der Reparationsfrage erklärte Macdonald, daß er die Arbeit der Sachverständigen-Ausschüsse wegen des engen Rahmens, den man ihnen gezogen habe, nicht für fähig halte, eine Lösung zu schaffen; wenn aus ihrer Mitte der Wunsch nach größerem Spielraum auftauche, werde ihn seine Regierung wahrscheinlich unterstützen, und er werde auch bei Meinungsverschiedenheiten hierüber mit der französischen Regierung verhandeln.

„Die stärksten Rüstungen Frankreichs", so meinte der Premier weiter, „werden nach meiner innersten Überzeugung niemals genügen, um die Sicherheit Frankreichs zu gewährleisten. Ich möchte, daß Frankreich aufhört, sich ausschließlich auf seine Militärmacht zu stützen und daß es einsieht, welch größeren Schutz es im Völkerbund finden könnte." Die Frage der internationalen Schulden kann nach seiner Ansicht nur im Zusammenhang mit der ganzen europäischen Lage erörtert werden.

Für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, als die beste Sicherheitsbürgschaft für Frankreich, setzt sich Macdonald nachdrücklich ein und ebenso deutlich bezeichnete er die französische Ruhrbesetzung als einen Fehler: „Wir stehen demnächst den Realitäten gegenüber, oder wir lassen uns an den Abgrund führen. Die französische Ruhrbesetzung bringt niemand Vorteil, weder Frankreich noch England noch irgend jemand, aber in ihr liegen die Keime für alle möglichen Katastrophen. Ehe zwanzig Jahre vergangen sind, wird Frankreich sehen, was für eine Sicherheit ihm die Ruhrbesetzung gibt." Man dürfe weder materielle noch psychologische Faktoren unbeachtet lassen und könne nicht ungestraft lange Zeit eine Nation in ihren Interessen schädigen und in ihrem Stolz demütigen. Die deutschen Demokraten hält Macdonald für aufrichtige Pazifisten und ebenso aufrichtig bereit, Reparationszahlungen zu leisten. Aber man müsse sie auch unterstützen.

„Wir Arbeiter haben die Absicht, eine Politik zu betreiben, die, soweit es in unserer Macht liegt, der deutschen Demokratie den Aufstieg zur Regierung erleichtert. Wenn

man aber beharrlich eine Politik betreibt, durch die man den deutschen Reaktionären in die Hand spielt, dann wäre das eine Torheit, die allen teuer zu stehen käme, den Franzosen, den Engländern und ganz Europa."

Und schließlich bringt der englische Premierminister das Verhalten seiner Regierung gegenüber der Separatistenbewegung in der Pfalz auf eine Formel, indem er erklärt:

„Wenn eine separatistische Bewegung spontan aufsteigt, dann geht uns das gar nichts an. Aber wenn diese Bewegung durch eine auswärtige Macht in Szene gesetzt wird, dann sind wir der Ansicht, daß der Friedensvertrag von Versailles verletzt ist, und wir werden uns hier formell weigern, diese separatistische Regierung anzuerkennen, die mit solchen Mitteln eingesetzt worden ist."

*

Entrüstung in Paris.

Das Interview Macdonalds mit dem Vertreter des „Quotidien" ruft in Paris außerordentliche Entrüstung hervor. Wahrscheinlich ist die Unterredung auch von Poincaré und Jaspar erörtert worden, weil beide aus ihr die Richtlinien der neuen englischen Außenpolitik kennen lernen konnten. Das „Journal" erklärt zu dieser Unterredung, sie übersteige alle erlaubten Grenzen. Man könne damit rechnen, daß Poincaré und Jaspar die einzig mögliche Schlußfolgerung zogen, nämlich daß zwischen der Politik der neuen englischen Regierung und der der französisch-belgischen Regierung ein nicht überbrückbarer Abgrund klaffe.

Auch das „Echo de Paris" befürchtet einen gewaltsamen Bruch der Entente. Deswegen sei ein enges Einvernehmen zwischen Frankreich und Belgien notwendiger denn je.

*

Der erkenntnisreiche „Temps".

Der „Temps" stößt in seiner Abendnummer vom 26. 1. einen Notschrei aus, der als entschiedene Absage an die Politik Poincarés gelten muß. Das Blatt breitet die Grundlagen einer neuen Politik aus, der, wie es sagt, alle klar sehenden Franzosen, alle einem Ideal ergebenen Engländer und alle friedlich und republikanisch gesinnten Deutschen sich anschließen könnten, einer Politik, die auch die Vereinigten Staaten ermutigen würde, Europa aufzuhelfen. Der „Temps" strebt einer englisch-französisch-deutschen Politik zu, weil, wie er unumwunden ausdrückt, sonst eine deutsch-englische Koalition gegen Frankreich geschaffen werden könnte. Um aber ein deutsch-französisch-englisches Einvernehmen herbeizuführen, gibt der „Temps" die Ruhr- und Rheinpolitik vollkommen frei, indem er wörtlich schreibt:

„Die Besetzung oder die Kontrolle deutscher Gebiete durch Frankreich und Belgien vergrößert die Sicherheit dieser beiden Völker und befestigt den europäischen Frieden nur unter der Bedingung, daß diese Besetzung nicht die Ursache oder der Vorwand einer deutsch-englischen gegen Frankreich gerichteten Koalition werde." Deutlicher wird der „Temps" natürlich nicht, und er kann es auch nicht werden, nachdem er jahrelang die Besetzungspolitik gepredigt und unterstützt hat. Übrigens genügt das Geständnis, das er ablegt, zumal er hinzufügt, daß eine deutsch-englische Koalition zweifellos zu neuen europäischen Kriegen führen müßte. Durch die Erfahrung belehrt, könnten die Franzosen längs des Rheins keine der undurchführbaren Absichten verwirklichen, die nur die Gefahr für Frankreich erhöhten und Frankreichs Sicherheit nicht steigern würden.

Der „Temps" wünscht, daß England und Frankreich vermeiden sollten, auch nur den Anschein zu erwecken, als ob sie irgendeinem Ehrgeiz nachjagten, den der „Temps" nicht näher schildert, der aber für Frankreich wohl nur in der Erwerbung des Rheinlandes und des Ruhrgebiets bestehen könnte. Der „Temps" fordert dann in vollem Gegensatz zu seinen bisher immer entwickelten Anschauungen den Ausbau des Völkerbundes, und zwar zur Verstärkung des europäischen Friedens, damit Deutschland nicht ein durch despotische Mittel regierter Staat werde. Dieser Despotismus könnte in der Herrschaft einer Industrieoligarchie sowie auch in der Herrschaft einer Dynastie oder Verwaltung bestehen, die sich auf eine Militärkaste stütze.

*

Beneschs Vermittelungsversuche.

Der Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune" bestätigt, daß der tschechische Außenminister Benesch Vermittlungsversuche bei Poincaré anstellt, damit zwischen Frankreich und dem neuen englischen Kabinett ein Einvernehmen über die wichtigsten schwebenden Fragen, vor allem über die Reparationen, herbeigeführt werde. Ramsay Macdonald wünsche, daß das Einvernehmen auf folgender Grundlage getroffen werde:

1. Sofortiger Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.
2. Das Sicherheitsproblem für Frankreich soll durch den Völkerbund gelöst werden. England würde sich bereit erklären, Frankreich auch noch andere Garantien zu geben.

Lenins Totenfeier.

Der „Voss. Zeitg." wird aus Moskau berichtet:

Bei 30 Grad Kälte, geschart um die auf den Plätzen und in den Straßen zahlreich errichteten Lagerfeuer der Wachsoldaten, in sibirischen Schafpelzen, Elenfellen und nach Art der Eskimo, in Fischhäuten vermummt, warteten Hunderttausende in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag in den Straßen Moskaus auf die Bestattungsfeierlichkeiten für Lenin. Um 5 Uhr morgens wurden die Straßen, die der Leichenzug passieren sollte, vom Militär abgesperrt. Um 9 Uhr vormittags begannen die Feierlichkeiten. Noch immer war die Stadt in einen dichten Schneenebel gehüllt.

Unter dem Vorantritt von Ehrenkompanien und Vorantragung von 700 Blumenkränzen wurde der Sarg mit der sterblichen Hülle Lenins von Regierungsmitgliedern aus dem Gewerkschaftshause, wo er zur Schau gestellt war, bis zu dem vor dem Mausoleum errichteten Katafalk am Roten Platz getragen. 20 000 Soldaten standen hier Wache. Neben dem Sarg stellten sich die Familienmitglieder Lenins, Kalinin, Sinowjew, Bucharin und der Delegierte der Petersburger Sowjets Jemidow, der die Trauerrede hielt, auf.

Um 10 Uhr vormittags begann die imposante Trauerparade, während welcher zahlreiche Musikkapellen unaufhörlich Trauermärsche spielten. Zuerst defilierten die Ehrenkompanien der Roten Armee, Infanterie mit Maschinengewehren, Artillerietruppen, rote Kosaken mit schwarzen Fähnchen an den Lanzen, Flieger, Matrosen und je eine Abteilung der Motorrad- und Automobiltruppen. Den Soldaten folgten die Deputationen. Während des Defilees loderten die Lagerfeuer auf. An der Trauerparade nahmen eine halbe Million Deputierte teil, und stündlich erwiesen 40 000 Menschen im Vorbeischreiten ihrem toten Führer den letzten Gruß.

Die Kälte sank in den Vormittagsstunden auf 25 Grad, aber unermüdlich defilierten bis ½4 Uhr nachmittags die Massen. Den Abschluß der Trauerparade bildeten Hetmans. Hierauf wurde die Tribüne vor dem Mausoleum, auf welcher der Sarg stand, vom Militär mit einem Doppelkordon umzogen. Auf der Tribüne blieben nur die Angehörigen und Freunde Lenins versammelt. Fünf Minuten vor 4 Uhr erteilte der Garnisonkommandant Muralow den Befehl zum Salut. Auf dem Erlöserturm des Kremls schlägt die Uhr vier, und gleichzeitig ertönt das Glockenspiel: die Hymne der Internationale. Nun setzte sich der Trauerzug in Bewegung. Dem Sarge vorangetragen wurden eine rote Parteifahne mit schwarzem Band und eine rote Reichsfahne mit schwarzem Flor umhüllt. Über die linke Tribünenstiege trugen Kamenew, Sinowjew, Bucharin, Stalin und Kalinin den Sarg durch das Doppelspalier über die 50 Meter betragende Entfernung zum Mausoleum. Hinter dem Sarg schritt der ehemalige Wiener Sowjetgesandte Schlichter. Ihm folgten die Frau und die Schwester Lenins. Während dieses letzten Ganges ertönte von den Fabriken dumpf das Heulen der Sirenen. Von der Mauer des Kremls und aus der Richtung des Moskwa-Flusses her hört man die Schüsse der Batterien.

Das Mausoleum, vorläufig ein Holzbau, der später durch einen Steinbau ersetzt werden wird, besteht aus drei Teilen. Der mittlere Teil ist die Halle, deren Decke als symbolischen Schmuck eine große Sichel mit einem Hammer aufweist. Die Wände sind mit rotschwarzen Streifen dekoriert. Der Eingang befindet sich am rechten Flügel. Die Temperatur des Mausoleums wird durch elektrische Anlagen ständig auf null Grad gehalten. In der Mitte der Halle befindet sich ein ein Meter hohes, rot bekleidetes Podium, auf welchem ein Glasschemel steht. Auf diesen wird der Sarg gestellt. Außerdem wird das Podium mit dem Sarg unter einen großen Glaskasten gestellt und bleibt so monatelang zur Besichtigung frei.

Nachdem der Sarg in dieser Weise beigesetzt worden war, kehrte das Trauergefolge auf die Tribüne am Roten Platz zurück, und der Menge zugewandt, intonierte der Parteiführer Melotew die ersten Takte des „revolutionären Trauermarsches".

Die Volkskommissare stimmen einen Gesang an; das Militär und die Menge fallen ein. Nach Absingen dieses Chorals und der „Internationale" gibt Muralow das Kommando zum Abmarsch. Nach dieser offiziellen Trauerfeier bekundete die Menge noch in einer bis 7 Uhr abends dauernden Massendemonstration ihre Trauer.

Am Sarge Lenins im Mausoleum wird während der ersten Wochen eine Ehrenwache, später eine ständige Garnisonwache den Dienst versehen.

Die Dichter und Schriftsteller Brusow, Makakowsk, Ehrenburg und Sobolje gaben am Bestattungstag ein Gedenkblatt heraus mit Trauerhymnen und Dichtungen zu Ehren Lenins.

Trotzki war, obgleich er zum Begräbnis sicher erwartet wurde, nicht eingetroffen.

Die Regierung hatte auch den Zuchthäuslern gestattet, an dem Begräbnis mit einer Deputation teilzunehmen, die ohne Wache für diesen Tag in Freiheit gesetzt wurde.

Während der Beerdigungsfeierlichkeiten ereigneten sich kaum Zwischenfälle oder ernstere Unfälle. Tausend Menschen mußten lediglich wegen Erfrierungen ersten Grades behandelt werden, auch kamen zahlreiche hysterische Anfälle vor.

*

Lenins Frau hält eine Leichenrede auf ihren Gatten.

Die ursprünglich für Sonntag geplante Trauersitzung des Rätekongresses fand bereits am Sonnabend statt und begann um 6 Uhr abends im Großen Theater. Alle Logen und den Zuschauerraum füllten Bauern, Arbeiter und Soldaten. Selbst der Bühnenraum war schwarz von Menschen. An einem langen Konferenztisch auf der Bühne sitzen die Mitglieder des allrussischen Rates, in deren Mitte Kalinin. Rings um den Tisch stehen die Volkskommissare, rechts hinter dem Rednerpult sitzt Frau Lenin und die Schwestern. Die Direktionsloge ist den engsten Parteifreunden des Verstorbenen reserviert.

Pünktlich um 6 Uhr wurde die Sitzung eröffnet. Das Orchester spielte den Chopinschen Trauermarsch und die B-Moll-Sonate. Als Kalinin, der russische Staatspräsident, um als erster das Wort zu ergreifen, bis zum Bühnenrand vorschreitet, erhebt sich die gesamte Zuhörerschaft. Mit schlichten Worten in der Volkssprache würdigt Kalinin Lenins Verdienste, wonach das Orchester mit Orgelbegleitung Mozarts Requiem spielt. Danach stehen alle gesenkten Hauptes minutenlang da, und eine feierliche Stille liegt über dem Haus.

Schwankenden Schrittes, auf Sinowjews Arm gestützt, kommt Lenins Witwe, Dadesdna Konstantinowna Krupskaja, dicht an die Rampe und betritt das Rednerpult. Ihr Gesicht, sehr unschön wegen des sonderbar geformten Kinns und der hervorstehenden Augen, wird förmlich verklärt, als sie mit ihrer Rede beginnt, die unbeschreiblich starken Eindruck hervorruft. Im ganzen Hause hört man lautes Aufschluchzen, auch Lenins Witwe selbst ringt anfangs mit den Tränen. Ihre Stimme zittert, dann aber gewinnt sie Macht über sich, und, als sie über Lenins große Gaben spricht, scheint sie nunmehr die Parteifrau zu sein und Lenins Kampfgenossin, die mit Lenin das Los der Verbannung teilte und mit ihm den Sieg im Kampfe errang. Aber als sie den Verlust ihres Mannes beklagt, wird ihre Stimme wieder voll Leid. Man kann nicht sagen, daß diese Frau auch nur einen Augenblick Pose zeigt, sondern muß gestehen, daß ihre schlichte Ausdrucksweise und die bescheidene Form, in welche sie ihre Gedanken kleidet, zeigt, daß es sich um eine Frau von wirklicher Bedeutung handelt.

Als sie geendet, stimmen die Anwesenden einen feierlichen Chorgesang an. Danach sprach Lenins nächster Freund Sinowjew, dann Stalin sowie Bucharin, der von Lenin sagte, er habe in der proletarischen Diktatur die erste Seite der wirklichen Menschheitsgeschichte diktiert.

*

Nach einer Meldung aus Rom wird die Nachricht dementiert, daß der Papst der sowjetistischen Regierung aus Anlaß des Ablebens Lenins sein Beileid ausgesprochen habe.

Aus Moskau wird mitgeteilt, daß zur Ehrung des Gedenkens Lenins die sowjetistische Post eine Trauerbriefmarke in Umlauf gesetzt habe.

*

Trotzki von der Tscheka bewacht!

Aus Moskau wird gemeldet: Nach einer stürmischen Sitzung, die über zwei Stunden währte und in der Preobraschenski Kamenew ohrfeigte, beschloß das Exekutivkomitee, Trotzki nicht verhaften zu lassen, sondern ihn in seiner Bewegungsfreiheit einzuschränken, dadurch, daß es ihm nicht gestattet wird, die Eisenbahn zu benutzen. Er soll gezwungen werden, in einer kleinen Stadt Südrußlands zu leben, wo er ständig von Agenten der Tscheka bewacht sein wird.

Die Wyzwolenie-Gruppe und die P. P. S. zur faszistischen Bewegung in Polen.

Wie bereits gestern kurz mitgeteilt, haben die Wyzwolenie-Gruppe und der Klub der Polnischen Sozialistischen Partei im Sejm einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in welchem die Bekämpfung geheimer terroristischer Organisationen gefordert wird. Verlangt wird ferner, daß Amtspersonen, die in Verbindung mit der geheimen Organisation „Bereitschaft Polnischer Patrioten" gestanden haben, sowie die Geistlichen, die an den antistaatlichen Umtrieben beteiligt waren, zur Verantwortung gezogen werden.

In dem Antrage heißt es u. a.: Die größte Beunruhigung ruft gegenwärtig die leider im Laufe der Untersuchung festgestellte Erscheinung der Widerstandslosigkeit von seiten der Organe der Staatsbehörden gegenüber der faszistischen Bewegung hervor. Einige Organe der Staatspolizei nahmen sogar an den Zeremonien, an den Vereidigungen usw. teil. Festgestellt wurde auch eine aktive Teilnahme von Militärpersonen an dieser Bewegung. Man erwähnt im Zusammenhange damit den Namen des Chefs des Fliegergeschwaders General Macewicz. Eine besonders zweideutige Haltung nahmen gegenüber den Umtrieben der Bereitschaft Polnischer Patrioten auch einige Mitglieder der Regierung Witos ein. Herr Kiernik unterhandelte mit den Vertretern dieser Organisation und hinderte nicht einmal die Polizeibeamten daran, sich direkt an dieser Verschwörung zu beteiligen. Unterredungen mit den Vertretern dieser Organisation pflogen auch Minister Głąbiński und General Szeptycki.

Die Liquidierung der P. P. P., die gegenwärtig durchgeführt wird, ist nicht gleichbedeutend mit der vollständigen Liquidierung anderer faszistischer Organisationen. Diese bestehen auch weiterhin, z. B. in der Wojewodschaft Posen, und erfreuen sich der Unterstützung der Vertreter der Behörden: des Generals Raszewski und des Wojewoden Bniński.

Der Antrag fordert die Regierung auf, die verschwörerischen Organisationen energisch zu bekämpfen, die Personen, die verantwortliche Staatsstellen innehaben und mit der Organisation der Bereitschaft Polnischer Patrioten im Kontakt waren, zur strengen Verantwortung zu ziehen.

Republik Polen.

Fortsetzung der Militärdebatte im Sejm.

Die gestrige Sejmsitzung wurde fast ausschließlich mit der Fortsetzung der Debatte über das Militärdienstpflichtgesetz ausgefüllt. Bei den Beratungen handelte es sich besonders um den Artikel, in dem von der Dauer der Militärdienstzeit die Rede ist. Wie in der Sitzung am Montag, so traten auch gestern Meinungsverschiedenheiten hierüber zutage. Mehrere Redner traten für den Regierungsentwurf ein, der eine zweijährige Dienstpflicht vorsieht, andere wiederum forderten eine Verkürzung der Dienstpflicht auf 1½ Jahre bzw. 1 und ½ Jahr. Am morgigen Donnerstag werden die Beratungen über dieses Gesetz fortgesetzt.

Ein Dringlichkeitsantrag des Jüdischen Klubs in der Frage der antisemitischen Exzesse in Posen wurde abgelehnt.

Der neue polnische Gesandte in Paris.

Aus Warschau wird gemeldet: Nach Gerüchten, die hier umgehen, soll Nachfolger des Grafen Zamoyski in Paris der derzeitige Chef des diplomatischen Protokolls, Graf Stefan Przeździecki, werden. Die Stelle des letzteren in Warschau soll der jetzige Gesandte in Belgrad, Okęcki, übernehmen.

Nach Mitteilungen aus politischen Kreisen bemühen sich die Rechtsparteien darum, einen maßgebenden Einfluß auf Neubesetzung des Botschafterpostens in Paris zu bekommen. Ihr Kandidat für diesen Posten ist Fürst Lubomirski.

Die Leibesvisitation der Abgeordneten.

Warschau, 29. Januar. In der gestrigen Sitzung des Seniorenkonvents verlas der Marschall ein Schreiben des Finanzministeriums, in welchem die Frage behandelt wird, ob die Abgeordneten einer Leibesvisitation unterzogen werden dürfen. In bezug auf die Revision des Reisegepäcks standen sämtliche Vertreter der Klubs auf dem Standpunkt, daß eine derartige Durchsuchung zulässig sei. Angezweifelt dagegen wurde die Zulässigkeit einer persönlichen Durchsuchung. Zur Aufklärung dieser Angelegenheit soll der Marschall ein Gutachten der Reglementskommission einholen.

Die polnischen Auslandsschulden.

Der polnische Staatsschulden-Kontrollausschuß berechnet, wie der Ost-Expreß meldet, die Staatsschulden Polens wie folgt: an Amerika 186 529 432,79 Dollar, Frankreich 779 853 404,29 Franken, England 4 503 818 Pfund Sterling, Italien 75 Millionen Lire, Niederlande 12 737 520 Gulden, Norwegen 16 526 857,47 Kronen und 1238 Pfund Sterling, Dänemark 358 849,81 Kronen, Schweden 1 973 080 Kronen, Schweiz 73 600 Franken.

Die Valorisierung der Arbeiterlöhne.

Wie „Nasz Przegląd" meldet, begab sich am Montag eine Delegation der Polnischen Berufsverbände zum Ministerpräsidenten und legte ihm ein Memorial vor, in welchem die Valorisierung der Löhne auf Grund des Sinkens der Kaufkraft der Mark gefordert wird, dergestalt, daß die Löhne in bezug auf ihren Wert dem Verdienst der Vorkriegszeit entsprechen. Der Ministerpräsident erklärte, daß die Arbeitergeber die Valorisierung nach den fremden Valuten fordern, er selbst jedoch halte das Projekt der Berufsverbände für rationeller und werde es auch den entsprechenden Stellen zur Beratung vorlegen.

Der Rückgang des Dollarkurses.

Warschau, 28. Januar. Das Steigen der polnischen Mark in den letzten Börsentagen, das sich in einer wesentlichen Senkung des Dollarkurses bemerkbar machte, wird in der gesamten Presse mit Befriedigung festgestellt. Die veränderte Konjunktur hat an der schwarzen Börse gewaltige Beunruhigung hervorgerufen, denn sie bedeutet Verluste für alle diejenigen, welche auf das Fallen der Mark spekulierten und Abschlüsse mit 15 und mehr Millionen für den Dollar zum Ultimo Januar tätigten. Die fallende Dollartendenz zeigt sich überall durch ein starkes Angebot in Devisen.

Der Einlauf von fremden Valuten in die Staatskasse.

Warschau, 29. Januar. In die Staatskassen fließen z. Z. erhebliche Mengen hochwertiger ausländischer Valuten ein. In die Landesdarlehnskasse gelangten letzthin 505 000 Pfd. Sterling für Zucker, der nach England verkauft wurde. Aus derselben Quelle werden in der nächsten Zeit noch weitere 500 000 Pfd. Sterling eingehen. Ferner kommen größere Summen ausländischer Valuten als Anzahlung auf die Vermögensteuer für Getreide ein, das zum Export bestimmt ist. Der Ministerrat hat gestern einen Gesetzentwurf betreffs einer Verordnung des Staatspräsidenten wegen Beschleunigung der Zahlung der Abgaben von Kapital und Renten angenommen.

Der Prozeß gegen die Terroristen Bagiński und Wieczorkiewicz in die erste Instanz zurückverwiesen.

Wie aus Warschau gemeldet wird, begann am Montag vor dem Obersten Militärgericht der Revisionsprozeß der am 31. Oktober 1923 in erster Instanz zum Tode verurteilten Terroristen Bagiński und Wieczorkiewicz. Die Verteidigung der Angeklagten beantragt die Abänderung des Urteils und die Zurückverweisung desselben in die erste Instanz evtl. eine erhebliche Ermäßigung der Strafe.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 26.

Bromberg, Donnerstag den 31. Januar 1924.

Pommerellen.

30. Januar.

Graudenz (Grudziądz).

A. **Die kommende Vermögensabgabe** wirft bereits ihre Schatten voraus. Die Geldknappheit nimmt zu. Wer bares Geld besitzt, sucht es in der Hand zu behalten, um zu jeder Zeit darüber verfügen zu können. In den meisten Geschäften nimmt der Umsatz ständig ab. Kleinere Geschäfte nehmen kaum so viel ein, um die laufenden Geschäftsunkosten decken zu können. Hier und da hört man schon, daß sich die Geschäftsinhaber nur dadurch über Wasser halten können, daß sie Gegenstände des Haushaltes, die einigermaßen entbehrlich sind, verkaufen, ja sogar liebe Familienandenken müssen geopfert werden. Da durch das starke Angebot auch die landwirtschaftlichen Produkte stark im Preise sinken, ist auch in der Landwirtschaft große Geldknappheit, wodurch das Geschäftsleben auch ungünstig beeinflußt wird. *

A. **Vom Graudenzer Steinmetzgewerbe.** Vor nicht langer Zeit bestanden hier zwei Steinmetzgeschäfte, die ausreichende Beschäftigung hatten. Außerdem befaßte sich die Kunststein- und Zementwarenfabrik von Kampmann u. Co. auch mit der Ausführung von Steinmetzarbeiten. Nach dem Tode der beiden Inhaber gingen die beiden Steinmetzgeschäfte ein, und die Firma Kampmann war ohne jede Konkurrenz; denn einen kleinen Handbetrieb für Kunststeinfabrikation konnte man als solche nicht ansehen. Später richtete eine Firma aus Briesen hier eine Niederlage ein, die aber neuerdings aufgelöst worden ist. Während früher aus entfernteren Städten hier besonders Grabdenkmäler bestellt wurden, muß man jetzt, wenn man bessere Sachen kaufen will, nach anderen Städten fahren. Die Firma Kampmann ging nach dem Tode des Begründers in anderen Besitz über und hat die Kunststeinfabrikation vollständig eingestellt. Auch manche anderen Fabrikationszweige sind in neuerer Zeit ganz aus der Stadt verschwunden. *

✗ **Mieter und Hauswirt.** Zwei hiesige Geschäftsleute waren dahin übereingekommen, ihre Wohnungen miteinander zu tauschen, da der zu der Wohnung des einen gehörende Laden das Interesse des anderen erweckt hatte. Beide Parteien hatten sich mit ihren Hauswirten verständigt, und der Tausch sollte vor sich gehen. Als nun vor dem einen Hause ein Möbelwagen erschien, um die Sachen des bisherigen Mieters abzuholen, kam zu diesem plötzlich der Hauswirt und verlangte von ihm für die Genehmigung zum Wohnungstausch eine Entschädigung von einer Milliarde; im Weigerungsfalle wollte er die Möbel nicht aus der Wohnung fortnehmen lassen. Um keine unnötigen Kosten beim Spediteur zu verursachen, suchte der Mieter den Wirt im guten zu einem Verzicht auf seine Forderung zu bewegen, doch hatte er nur insoweit Erfolg, als der Wirt mit seinen Ansprüchen auf 400 Millionen herunterging und sich auch mit einer Zahlung nach einigen Tagen einverstanden erklärte. Auf weitere Verhandlungen wollte der Hausbesitzer sich nachher nicht mehr einlassen, sondern drohte, falls er das Geld nicht umgehend bekäme, mit Klage. Der Mieter will zunächst die Zustellung der Klage abwarten und dann erforderlichenfalls mit einer Anzeige wegen Wuchers bei der Staatsanwaltschaft antworten. — Besonders interessant wird diese Angelegenheit dadurch, daß das in Frage kommende Haus gar nicht einmal unbestrittenes Eigentum des jetzigen Wirtes ist, da zwischen dem eingetragenen Eigentümer und einem früheren Käufer seit Jahren ein Prozeß schwebt, der vielleicht mit der Rückgabe des Hauses an den früheren Besitzer enden wird. *

c. **Heizgelder.** Schon wiederholt haben die höheren Schulen von den Schülern Heizgeld einziehen müssen. Wieder sollen jetzt bedeutende Summen aufgebracht werden. Die Schulgeldfreiheit wird durch diese Nebenkosten eigentlich illusorisch. *

A. **Eine Schlittschuhbahn** ist jetzt an der Trinke bei Tarpen geschaffen worden. Es sind die Wiesen überschwemmt, dazu wird Wasser gegossen, so daß eine brauchbare Bahn entstanden ist. Die Arbeiten werden von Soldaten verrichtet. Auch jenseits des Dammes werden die Eisflächen der Wassertümpel von Schlittschuhläufern benutzt. Ebenfalls sieht man auch Schlittschuhläufer auf den Blänken des Weichseleises. Allerdings ist dort noch größte Vorsicht geboten, da noch eisfreie Stellen vorhanden sind. *

Heute letzte Nummer

in diesem Monat. Wer seine Bestellung auf die Deutsche Rundschau noch nicht erneuert hat, hole es jetzt sofort nach. Beschweren Sie sich auch beim Postamt Ihres Bezirks, falls Unregelmäßigkeiten in der Zustellung eintreten sollten. — Wir bemerken noch besonders, daß Zeitungsbestellungen spätestens drei Tage vor Beginn des neuen Monats bei der dortigen Postanstalt unter Vorausbezahlung des Bezugspreises erneuert werden müssen. — Bei später eingehenden Bestellungen liefert die Post die bereits erschienenen Nummern, soweit solche überhaupt noch zu beschaffen sind, nur auf ausdrückliches Verlangen und gegen Entrichtung

der Portogebühr v. 200 000 Mk. nach.

□ **Ein Bubenstück.** Die Rehdener Straße war mit zwei Reihen stattlicher Linden bepflanzt. Der allgemeinen Säuberung der Straßen von Bäumen mußten auch die Linden zum Opfer fallen. Es wurden junge Stämmchen nachgepflanzt. Diese waren zum größten Teil auch ganz schön angewachsen. Durch ruchlose Hand wurden in diesen Tagen fünf der Bäume vernichtet. Mit einem scharfen Gegenstand, anscheinend einem Säbel, wurden den Bäumchen die Kronen abgeschlagen. Wie alte Leute behaupten, ist seit Jahrzehnten ein derartiger Vandalismus nicht vorgekommen. *

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Deutsche Bühne Grudziądz. Am kommenden Sonnabend, den 2. Februar, nicht Sonntag, findet, wie bereits mitgeteilt, eine Wiederholung der mit so außerordentlichem Beifall aufgenommenen Operette „Schwarzwaldmädel“ statt. Hierbei werden Gäste aus Bromberg mitwirken, und zwar Musikdirektor von Winterfeld als Dirigent und Frau Lu Behnke als „Bärbele“. Die für den 30. 1. gelösten Eintrittskarten sind für die Aufführung gültig. Die Aufführung am Sonntag, den 3. 2., fällt aus. (1246 *

Thorn (Toruń).

╪ **Das Hausiererwesen** nimmt, wie uns verschiedentlich mitgeteilt wird, in letzter Zeit erheblich zu. Die Hausierer suchen hauptsächlich Bureaus auf und suchen hier ihre Sachen loszuwerden. Es wäre angebracht, sich in derartigen Fällen stets zu vergewissern, ob diese Händler einen Wandergewerbeschein besitzen und ob sie auch ihre Steuern ordnungsgemäß bezahlen. Andernfalls würden sie den einheimischen steuerzahlenden Geschäftsleuten das Brot wegnehmen und obendrein noch das Interesse des Staatswohls ganz aus dem Auge lassen **

╪ **Thorner Marktbericht.** Der Dienstag-Wochenmarkt war wie seine letzten Vorgänger recht gut beschickt und bot, was Preise anbetrifft, diesmal keine Überraschungen. Butter gab's in Hülle und Fülle zum Preise von 2,1 bis 2,6 Millionen M. das Pfund. Die Nachfrage war diesmal außerordentlich stark, so daß die großen Bestände bereits gegen 11 Uhr fast gänzlich ausverkauft waren, was sonst selten der Fall war. Für Eier wurden 3 bis 4,5 Millionen M. gefordert. Die Gemüsepreise waren unverändert. Zitronen und Apfelsinen fanden mit 250 000—400 000 M. pro Stück Abnehmer; Pflaumenmus kostete 1 Million, Sirup 600 000 Mark. Die Geflügelhändler wurden ihre Ware zu angemessenen Preisen schnell los. Der Fischmarkt bot Bressen, Barse, Hechte, Karpfen und Maränen. Preise unverändert. **

╪ **Eine 1775prozentige Preissteigerung!** Eine wenig angenehme Überraschung erlebte dieser Tage ein hiesiger Hausbesitzer durch die Überreichung der Quittung seines Schornsteinfegermeisters. Während er für sein kleines Grundstück in der ul. Szeroka (Breitestraße) im Monat Dezember v. J. 400 000 M. zu zahlen hatte, mußte er pro Januar d. J. 7½ (siebeneinhalb) Millionen Mark zahlen! Zur Beruhigung der Hausbesitzer würde es beitragen, wenn sich der Magistrat als zuständige Tarifstelle einmal der Sache annimmt. **

╪ **Erneuter Schneefall.** In der Nacht zu Dienstag war wieder soviel Schnee gefallen, daß ein großer Teil der Landleute mit Schlitten zum Wochenmarkt kommen konnten. **

---

c. **Aus dem Kreise Culm**, 29. Januar. Glück im Unglück hatte ein Gasthofsbesitzer in Podwitz. Nach einem in seinem Lokal veranstalteten Maskenball wurden aus seinem Stall zwei fette Schweine gestohlen. Man hatte in der Nacht an dem Gehöft ein Fuhrwerk mit zwei Männern beobachtet. Der Verdacht fiel auf einen Arbeiter, der in Klammer beheimatet ist. Der Polizeiwachtmeister veranstaltete eine Haussuchung und fand denn auch beide Schweine geschlachtet. Der Bestohlene konnte die geschlachteten Schweine auf den Wagen laden und nach Hause fahren. Er hatte so wenigstens die Arbeit des Schlachtens gespart.

* **Czempin**, 28. Januar. Auf dem hiesigen Bahnhofe war der Kaufmann Franz Borowicz aus Lissa in einen verkehrten Zug eingestiegen. Er bemerkte seinen Irrtum und sprang noch heraus, als der Zug sich bereits in Bewegung gesetzt hatte. Hierbei wurden ihm beide Beine abgefahren, so daß der Tod alsbald eintrat.

* **Dirschau** (Tczew), 29. Januar. Ein Schaufenstereinbruch ist in der vergangenen Nacht in das Seifengeschäft des Herrn Hauser in der Poststraße verübt worden. Diebe haben dort eine Seitenscheibe des Auslagefensters eingeschlagen und dann daraus eine Menge Wasch- und Toilettenseife und einiges Parfüm gestohlen. Sie sind damit unerkannt entkommen.

dr. **Gorzno, Kr. Strasburg**, 29. Januar. Der Witterungsverhältnisse wegen hat der Konfirmandenunterricht jetzt sehr zu leiden und muß des längeren ganz ausfallen. — Ein Familienabend ist in Vorbereitung. Die männliche Jugend will wieder Hans Sachs zum Besten geben. Die jungen Mädchen ein anderes Stück voll Scherz und Humor. Für Sonntag, den 17. Februar, ist dieser Abend geplant. — Der nächste Vormittagsgottesdienst wird Sonntag, 10. Februar, von Pfarrer Partecke gehalten.

* **Putzig** (Puck), 29. Januar. Aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt ist jetzt der Zimmermann Josef Schmidke von hier. Er mußte 1914 ins Feld. Er ließ sich mit seiner Braut Agnes Struck aus Schwarzewo kriegstrauen und im Anfang des Krieges wurde er vermißt und schließlich auch für tot erklärt. Es bot sich der Witwe wiederholt Gelegenheit zu einer zweiten Ehe, doch sie hoffte immer noch auf die Wiederkehr ihres Mannes. Dieser Tage erlebte sie die große Freude durch die Mitteilung, daß ihr Mann aus der Gefangenschaft ins Versorgungslager Schneidemühl zurückgekehrt und demnächst in der Heimat zu erwarten ist.

et. **Aus dem Kreise Schwetz**, 27. Januar. Bereits vor einigen Jahren machte ein Mitglied der Mennoniten-Gemeinde Gruppe-Montau eine Stiftung von anfänglich 300 Zentnern Roggen jährlich, die später auf 500 Zentner erweitert wurde. Dem Gutsbesitzer Goertz, Vorwerk Schwetz, sollte sein etwa 1500 Morgen großes Gut liquidiert werden. Er übereignete es darauf der Mennoniten-Gemeinde, sich die Nutznießung vorbehaltend. Später wurde daraus die obige Schenkung. Der Spender besitzt außerdem noch ein großes Gut in Ostpreußen und hat auch noch eine Domäne bei Freystadt in Pachtung. Die Mennoniten-Gemeinde wollte für diese Schenkung Verbesserung ihrer kirchlichen Angelegenheiten vornehmen, evtl. einen akademisch gebildeten Prediger im Hauptberufe anstellen. Bis dahin wurden die Gottesdienste von Laienpredigern, die von der Gemeinde gewählt wurden, abgehalten. In Anbetracht der schweren Not der Zeit hat man aber davon vorläufig Abstand genommen und den Roggen auf andere Weise verwendet. Es wurde jedem in Not befindlichen Gemeindemitgliede ein nachträgliches Weihnachtsgeschenk von 5 Zentnern Roggen überwiesen. Man hat aber nicht an den Grenzen der Kirchengemeinde Halt gemacht, sondern hat auch die Mitglieder der Mennonitengemeinde Schönsee in der Culmer Stadtniederung in dem gleichen Maße bedacht. In den beiden Niederungen, besonders aber unter den Witwen und Rentiers in Graudenz ist Freude eingezogen. Der Roggen lagert in einer Mühle in Graudenz und kann von den Empfängern beliebig verwendet werden, evtl. auch zum Tagespreis an die Mühle verkauft werden. Eine bessere

Verwendung des Roggens hätte man gewiß nicht finden können. Man kann nur wünschen, daß die Tat Nachahmung finden möchte.

* Strasburg (Brodnica), 29. Januar. In Igliczyzna bei Szczuka hiesigen Kreises ist ein neuer Viehstall mit 10 Stück Jungvieh, 4 Fohlen, 19 Schafen und Futtervorräten niedergebrannt. Beim Versuch, die eingefrorene Wasserleitung mit brennenden Strohbündeln aufzutauen, erfaßte die Flamme die Futtervorräte. In kurzer Zeit brannte das ganze Bauwerk. Dichtes Schneetreiben verhinderte, daß der Brand von den nächsten Nachbarn gesehen wurde.

* Tuchel (Tuchola), 29. Januar. Das hiesige große Gefangenenlager ist nunmehr vollständig verschwunden. Die von Deutschland während des Krieges erbauten und später von Polen reparierten und erweiterten Lagergebäude wurden im Laufe der letzten drei Monate auf Befehl der polnischen Behörden abgebrochen. Das noch brauchbare Material wurde nach Grodno geschickt zur Verwertung bei ähnlichen Bauten; der Rest soll als Brennmaterial dienen. Der Abbruch in verhältnismäßig kurzer Zeit erklärt sich daraus, daß zu der Arbeit sämtliche in Tuchel wohnenden Arbeitslosen herangezogen wurden.

*

Aus der Freistadt Danzig.

* **Praust**, 28. Januar. Zwei Kinder des Arbeiters Kijewski hatten in einem unbewachten Augenblick an einem eisernen Ofen Feuer gefangen. Während ein Kind in verkohltem Zustande als Leiche aufgefunden wurde, kam das zweite mit erheblichen Brandwunden davon.

Das Vordringen des Bauerntums.

Gedanken zur Agrarreform in Osteuropa.

Von Staatssekretär Dr. August Müller.

(Entnommen der Wiener „Neuen Freien Presse" vom 26. d. M.)

Der europäische Handel der Vorkriegszeit hatte es zu der imponierenden Wertziffer von 118 Milliarden Goldmark nur dank dem Umstande gebracht, daß ein außerordentlich reger Handelsverkehr zwischen den europäischen Staaten bestand. Sieht man ab von England, so überwog bei den meisten europäischen Industriestaaten die Ausfuhr nach anderen europäischen Ländern die nach überseeischen Gebieten. Deutschland zum Beispiel setzte im Jahre 1913 76 Prozent seiner gesamten Ausfuhr in Europa ab. Natürliche Vorbedingungen, Tradition und politisches Übergewicht hatten die Ausbildung einiger europäischer Staaten zu Industriestaaten bewirkt, denen gegenüber diejenigen Staaten standen, die einen vorwiegend agrarstaatlichen Charakter besaßen und mit den Produkten ihrer Landwirtschaft die Industrieerzeugnisse bezahlten, die ihnen aus anderen europäischen Ländern zugeführt wurden. Die Voraussetzung für das Fortbestehen dieser industriellen Arbeitsteilung ist das Vorhandensein dünn bevölkerter Agrarländer mit entsprechender Überschußproduktion an Nahrungsmitteln und Rohstoffen und die industrielle Überlegenheit der Länder, die diese Produkte abnehmen, in einem Grade, daß dadurch der Wunsch nach Schaffung eigener Industrien stark gedämpft wird. Beide Voraussetzungen wirken heute nicht mehr in der früher üblichen Weise. Die neu entstandenen Staaten haben die industrielle Grundlage der nationalen Volkswirtschaften geändert. Durch nationalistische und militärische Bedürfnisse sind die rationellen Erwägungen zurückgedrängt worden, die ehemals den Standort der Industrie beeinflußten. Die Folge sind Verschiebungen im industriellen Aufbau Europas, die nicht immer wirtschaftlich gerechtfertigt erscheinen und einen Rückgang der Leistungsfähigkeit der alten europäischen Industriestaaten befürchten lassen. Noch bedeutsamer sind aber die Gefahren, die die überlieferte europäische Arbeitsteilung von der Seite der Agrarentwicklung her bedrohen.

Die volle Bedeutung so gewaltiger Ereignisse, wie der wirtschaftliche und militärische Zusammenbruch des russischen Weltreiches und sein Wiederaufbau durch den Bolschewismus, zu erkennen, ist den Zeitgenossen versagt. Wir vermögen nicht einmal alle unmittelbar die Gegenwart berührenden Folgen dieses Geschehnisses festzustellen, um von den noch vor uns liegenden ganz zu schweigen. Aber ein Ergebnis der russischen Umwälzung für die europäische Wirtschaft ist unverkennbar: der elementare Anprall landhungriger Bauern gegen den Großgrundbesitz. Klio ist eine Ironikerin. Aber sie hat alle ihre bisherigen Leistungen übertroffen, als sie den grimmigsten Gegnern des Privateigentums, die bisher auf der Weltbühne handelnd aufgetreten sind, den historischen Beruf übertrug, die hartnäckigsten Eigentumsfanatiker, die Bauern, mit dem Land auszustatten, nach dem ihre landgierige Seele verlangt. Die Bolschewisten suchen zwar diese, von ihrem theoretischen Ausgangspunkt gesehen, etwas blamable Tatsache dadurch zu verschleiern, daß sie in ihrer Agrargesetzgebung ein Obereigentum des Staates an Grund und Boden proklamierten. Das ändert aber am Siege des bäuerlichen Individualismus nicht das geringste: „Sei im Besitze und du wohnst im Recht!" Die Wahrheit dieses Goethe-Wortes wird sich auch bald in Rußland erweisen. Die Agrarreformer aller anderen osteuropäischen Länder haben es denn auch vorgezogen, den Umweg, den die Bolschewisten für erforderlich hielten, gar nicht erst zu gehen. Überall in Osteuropa haben die Bauern das Land des Großgrundbesitzes entweder bereits als unbeschränktes oder unbegrenztes Eigentum in Besitz genommen oder sie sind im Begriffe, es zu tun. Auch dem Großgrundbesitz in den wenigen europäischen Ländern, die sich bisher noch der Agrarreform in dem stürmischen Tempo, das in Osteuropa beliebt ist, zu entziehen vermochten, ist nur eine Gnadenfrist eingeräumt. Damit erfährt die agrarwirtschaftliche Grundlage Europas eine Wandlung von großer politischer und wirtschaftlicher Bedeutung.

Das Werk der Landverteilung und Bauernsiedlung ist in den verschiedenen osteuropäischen Ländern noch nicht gleichmäßig weit gediehen. Es kann daher kein zahlenmäßiger Überblick über die Veränderungen der europäischen Agrarverfassung gegeben werden. Als Ersatz mögen einige aus verschiedenen Quellen zusammengestellte Angaben Platz finden, die offentlich ihren Zweck, die Bedeutung der Frage zu illustrieren, erfüllen.

Es dürfte einigermaßen überraschen, zu erfahren, daß die relative Bedeutung der Agrarumwälzung in Rußland geringer ist, als in verschiedenen anderen osteuropäischen Ländern. Und dennoch ist dem so. Jedenfalls stimmen gute Kenner Rußlands darüber überein, daß die russische Agrarrevolution das den Bauern zur Benutzung überlassene Land nicht erheblich vermehrt hat. Zwar gibt es keinen privaten Großgrundbesitz mehr in Sowjetrußland. Dafür gibt es aber noch landwirtschaftliche Großbetriebe, die sich im Besitz von städtischen Behörden, Genossenschaften, zum Teil auch des Landwirtschaftskommissariats und des Kommissariats für Militärwesen befinden. Über den Gesamtumfang dieser Güter ist nichts Näheres bekannt; er dürfte aber ziemlich erheblich sein; jedenfalls sind nach bolschewistischen Angaben in den Jahren 1921 und 1922 3 100 000 Desjatinen Land in den Besitz solcher kollektiven Eigentümer übergegangen. Der Umfang des Landes, das sich noch in Händen des Großgrundbesitzes befand, wird meistenteils überschätzt. Seit der Aufhebung der Leibeigenschaft hat das Großgrundbesitzerland in Rußland ständig abgenommen. Die verschiedenen Agrarreformen taten ihr Übriges und bewirkten, daß die Großgrundbesitzer ihr Land, wenn nicht veräußerten, so doch wenigstens verpachteten. Die Meinung der Sachverständigen geht dahin, daß bei Kriegsausbruch von der landwirtschaftlich benützten Fläche des alten Rußland nicht mehr als 10 bis 20 Prozent im Großbetriebe bewirtschaftet wurden. In der Hauptsache wird also die bäuerliche Bevölkerung den Vorteil von der Revolution gehabt haben, daß das bisherige Pachtland in ihren Besitz übergegangen ist. Anders liegt es allerdings in der Ukraine, wo 70 Millionen Hektar Großgrundbesitzerland 26 Millionen Hektar Bauernland gegenüberstanden. In diesem Teile Rußlands dürfte das Bauernland eine weit stärkere Vermehrung erfahren haben als in den anderen Teilen von Sowjetrußland.

Unter den Randstaaten hat Finnland die Siedlungsfrage am kühlsten behandelt. Die Agrarreform ist hier noch Gegenstand heftiger Parteiauseinandersetzungen. Man hat sich eben bisher noch nicht über das Maß der Agrarreform zu einigen vermocht, und so bleibt die Frage in Schwebe. Infolge des gering entwickelten Ackerbaues ist übrigens in Finnland das Problem der Agrarverfassung nicht von großer europäischer Bedeutung. In Estland sind 2,3 Millionen Hektar Großgrundbesitzerland zugunsten des Staates enteignet worden. Der Staat gibt es in Pacht an Kleinsiedler weiter. Bis Ende 1921 war das Großgrundbesitzerland aufgeteilt, abgesehen von einem Rest von 250 000 Hektar. In Lettland besteht der aus privatem Großgrundbesitzerland, Krongütern und Ländereien der Pastoren gespeiste Landfonds aus 3 710 400 Hektar. Davon waren am 1. Januar 1923 413 000 Hektar noch nicht aufgeteilt. 41 000 Wirtschaften waren bis zum Beginn des laufenden Jahres eingerichtet und 19 000 weitere sollen noch im laufenden Jahre hinzukommen. Das Ziel der lettischen Agrarreform besteht darin, Kleinwirtschaften bis zu 22 Hektar Größe, die zwei Pferde beschäftigen können, zu schaffen. Vorsichtiger wie in den beiden eben erwähnten Ländern ist die Agrarreform Litauens angefaßt worden. Man wollte vor allem einen Rückgang des landwirtschaftlichen Produktionsertrages infolge der Agrarreform verhindern und nahm zu ihrer Durchführung einen Zeitraum von etwa fünfzehn Jahren an. Das Großgrundbesitzerland ist jedoch enteignet, und kein Besitzer mit mehr als 70 Desjatinen Land darf seinen Besitz verkaufen, ohne daß der Staat seine Genehmigung erteilt hat. Das Ziel geht dahin, Betriebsgrößen zu schaffen, die einer selbstwirtschaftenden Bauernfamilie die Existenz ermöglichen. Dazu sind acht bis zwölf Desjatinen Betriebsumfang auf Boden erster Klasse erforderlich. (Die Ausführungen des bekannten Wirtschaftsfachmannes beschäftigen sich danach mit der Eigenart der polnischen Agrarreformgesetzgebung. Aus verständlichen Gründen sehen wir von einer Wiedergabe dieses Absatzes ab. D. Red.)

Sehr weitgehende Folgen wird die rumänische Agrarreform haben, wenn sie durchgeführt ist. Alles Land über eine Größe von 500 Hektar hinaus soll vom Großgrundbesitz abgegeben werden. Das sind im alten Gebiet Rumäniens rund 85 Prozent der landwirtschaftlich benutzten Fläche, und zwar gerade der Teil, der im wesentlichen das Exportgetreide erzeugte. In Beßarabien können nur Gutsgrößen bis zu 100 Hektar bestehen bleiben, in Siebenbürgen sind die Ländereien der Kirche und des ungarischen Großgrundbesitzes an die Bevölkerung verteilt worden.

Südslawien besitzt einen nennenswerten Großgrundbesitz nur in Kroatien und Slawonien. Die zulässige Betriebsgröße ist auf 50 bis 300 Hektar festgesetzt worden, je nach der Bodennutzung. Es sollen kleine Siedlungen bis zu fünf Hektar Größe auf dem enteigneten Großgrundbesitzerland entstehen. Das ganze Verfahren ist jedoch noch nicht endgültig geregelt, so daß sich noch nichts über die wirtschaftliche Bedeutung der Siedlung dieses Gebietes sagen läßt. Bulgarien ist schon in so vorwiegendem Maße Kleinbauernland, daß hier eine Landaufteilung nicht in Frage kommt. In ganz Bulgarien gibt es nur 90 Besitzer, die mehr als 500 Hektar ihr eigen nennen. In der Tschechoslowakei ist die zulässige Maximalgröße auf 150 Hektar landwirtschaftlich oder 250 Hektar forstwirtschaftlich benutzten Bodens beschränkt. Man rechnet mit 900 000 Hektar landwirtschaftlichen und 2 200 000 Hektar forstwirtschaftlichen Bodens, der durch die Enteignung in die Hände des Staates fällt. Von der Agrarreform in der Tschechoslowakei erhofft man, daß sie einer Viertelmillion kleiner Landwirte entweder durch Arrondierung ihres bisherigen zu kleinen Besitzes oder durch Schaffung von Neusiedlungen die Möglichkeit einer wirtschaftlich ausreichenden Existenz gewährt. In Ungarn bestimmt ein Gesetz, daß dem Großgrundbesitz derjenige Teil seiner Ländereien enteignet werden kann, der innerhalb der einzelnen Gemarkung 30 Prozent übersteigt. Mangel an Mitteln für die Unterstützung des Siedlungswerkes hat allerdings in Ungarn die Ausführung dieses Gesetzes bis jetzt noch verhindert. Das Siedlungswerk in Österreich beschränkt sich auf die Wiederherstellung von ausgekauften Bauern- und Häuslerstellen. In Deutschland besteht ein ziemlich kompliziertes Siedlungsgesetz, das nur in besonderen Fällen eine Enteignung kennt und von dem Grundgedanken geleitet ist, durch Siedlung den landwirtschaftlichen Ertrag nicht zu verringern, sondern ihn zu erhöhen. Praktisch kommt nur Preußen als Siedlungsland in Frage. Von 1919 bis 1921 sind hier 4739 neue Ansiedlungen entstanden und 55 000 Siedlern zur Vergrößerung ihres Besitzes Landflächen zugewiesen worden. Daß aber auch in Deutschland Stimmung für radikalere Maßnahmen besteht, beweist ein Antrag der Sozialdemokraten. die dem Privatbesitz nur eine Maximalgröße von 750 Hektar landwirtschaftlich oder 100 Hektar forstwirtschaftlich benutzten Bodens belassen wollen.

In beinahe allen durch den Friedensvertrag neu geschaffenen Ländern ist das Siedlungswerk belastet mit nationalen und politischen Nebenzwecken, die meistens gegen das Deutschtum und damit gegen die Träger der höheren landwirtschaftlichen Kultur gerichtet sind. Aber ganz abgesehen davon, ist allgemein das Bedenken gerechtfertigt, daß die schnelle und rücksichtslose Zerschlagung des Großgrundbesitzes den osteuropäischen Bauern das Vorbild nimmt, dessen bessere Wirtschaftsmethoden oft einen recht heilsamen Einfluß ausübten. Den Verfall der russischen Landwirtschaft darf man gewiß nicht auf die Aufteilung des Großgrundbesitzes zurückführen, aber ihr Wiederaufbau wird sicherlich dadurch verlangsamt. Auf absehbare Zeit ist nicht daran zu denken, daß Rußland seine frühere Exportfähigkeit für Agrarprodukte wieder erlangen könne, denn die Gebiete des Großgrundbesitzes waren die eigentlichen Überschußgebiete. Die Bauernwirtschaften werden vielleicht nach längerer Zeit auf der Flächeneinheit einen höheren Ertrag herauswirtschaften. Da sie aber mehr Köpfe zählen, verzehren sie auch mehr, und die Mittel, die der Zarismus in Anwendung brachte, um die Bauern trotz Getreideknappheit zum Export von Getreide zu zwingen, werden im heutigen Rußland nicht gut anwendbar sein. Die Folge von dem ist. daß der Güterstrom zwischen Rußland und dem übrigen Europa, der getragen war von dem Überschuß der landwirtschaftlichen Produktion Rußlands, sobald nicht wieder in der früheren Stärke hin- und herfluten wird.

So erschwert die russische Agrarreform den Wiederaufbau der europäischen Volkswirtschaft. Und was für Rußland gilt, gilt mehr oder minder auch für die anderen osteuropäischen Länder. Soziale Gründe für ihr Siedlungswerk gibt es gewiß in genügendem Maße. Wirtschaftlich wird es aber die Folge haben, daß das Quantum exportbereiter Nahrungsmittel und Rohstoffe sich verringert, weil die Bevölkerung infolge der Agrarreform dichter wird und selbst mehr verbraucht. Möglich, daß auch einmal der Zeitpunkt kommt, wo stärkere Intensität eine Steigerung des Bodenertrages im kleinbäuerlichen Betrieb über den Ertrag des Großgrundbesitzes hinaus bewirkt. Aber darüber dürfte noch manches Jahr vergehen. Jedenfalls wird der Wiederaufbau Mitteleuropas empfindlich durch die Tatsache gestört, daß die osteuropäische Agrarreform den Überschuß landwirtschaftlicher Produkte vermindert und damit die Kaufkraft dieser Länder schwächt. Für eine geraume Zeit wird sicherlich als Folge der europäischen Agrarreform festzustellen sein, daß sie, so begrüßenswert sie auch aus sozialen Gründen sein mag, den europäischen Erholungsprozeß verlangsamt.

Unsere geehrten Leser werden gebeten, uns freundlichst dadurch zu unterstützen, daß sie unser Blatt nicht nur überall empfehlen, sondern es in den Restaurants, Hotels, Konditoreien, Cafés sowie bei den Bahnhofsbuchhandlungen stets verlangen und da, wo es nicht gehalten wird, auf eine sofortige Bestellung dringen.

Handels-Rundschau.

Begriff des unmittelbaren oder mittelbaren Transportes in Polen. Nach einer Verfügung des polnischen Zolldepartements vom 29. November 1923 hat als mittelbare Aufgabe derjenige Transport zu gelten, der laut Handelsdokumenten (Konnossementen, Fakturen, Rechnungen) für einen Empfänger auf dem Gebiet der Republik Polen bestimmt ist, jedoch nicht zur direkten Beförderung an den Bestimmungsort aufgegeben, sondern zur Umladung an einem oder mehreren Verkehrspunkten überwiesen wird. Als unmittelbare Aufgabe ist solche in dem Falle zu betrachten, wenn die für einen Empfänger auf dem Zollgebiet der Republik Polen bestimmten Waren obigen Überweisungsumladungen unterwegs nicht unterworfen waren.

Die Aufwertung der Hypotheken in Deutschland. In Deutschland ist jetzt in der Frage der Hypothekenaufwertung die Entscheidung gefallen. Die Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium, das der Hypothekenaufwertung ablehnend gegenüberstand, und dem Reichsjustizministerium, das an der Aufwertung festhalten wollte, haben jetzt zu einem Kompromiß geführt. Danach wird im Rahmen der dritten Steuernotverordnung die Hypothekenaufwertung generell auf 10 v. H. des Vorkriegswertes begrenzt werden. Nur in Ausnahmefällen kann durch Gerichtsentscheidung darüber hinaus bis zu 25 v. H. gegangen werden. Es ist anzunehmen, daß das Kabinett in seiner Dienstag-Sitzung diese Vereinbarungen zwischen den beiden zunächst beteiligten Ministerien annehmen wird. Ob für die Aufwertung der Obligationen dieselben Aufwertungssätze festgelegt werden, steht noch dahin. Denn an und für sich gedenkt das Reich, die Obligationsschuldner nur zu einer 10prozentigen Steuer heranzuziehen, während man die Hausbesitzer, die ihre Hypotheken mit entwertetem Gelde abgelöst haben, im Wege der Mietsteuer fiskalisch stärker heranzuziehen beabsichtigt. Doch dürfte man sich aus Billigkeitsgründen für eine einheitliche Regelung entschließen.

Kosten des Nahrungsmittelaufwandes in Deutschland. Der Wirtschaftsstatistiker Richard Calwer berechnet die wöchentlichen Kosten des Nahrungsmittelaufwandes für eine vierköpfige Familie (Eltern und zwei Kinder) nach dem Stande der Lebensmittelpreise vom 26. Januar 1924 auf 31,41 Billionen Mark gegen 33,21 Billionen in der vorangegangenen Woche. Die Ermäßigung beträgt also 5½ Prozent.

Geldmarkt.

Amtlicher Valorisationswert des Goldfranken für den 31. Januar: 1 900 000 Mp.

Warschauer Börse vom 29. Januar. Schecks und Umsätze: Belgien 403 000—400 000, Holland 8 589 000, London 42 000 000 bis 41 300 000, Neuyork 9 700 000—9 650 000, Paris 450—440 000, Schweiz 1 700 000—1 675 000, Prag 276 750—273 425, Wien 136,75—136,00, Italien 425 000—422 000, Goldfrank 1 901 000. — Devisen (Barzahlung und Umsätze): Dollar der Vereinigten Staaten 9 700 000 bis 9 600 000, franz. Frank 445 000—438 000.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 29. Januar. In Danziger Gulden wurden notiert für: Verkehrsfreier Scheck: Warschau (1 000 000) 0,608 Geld, 0,612 Brief. Banknoten: 100 Rentenmark 138,154 Geld, 138,846 Brief, 1 000 000 polnische Mark 0,658 Geld, 0,662 Brief, 1 amerikanischer Dollar 5,9127 Geld, 5,9423 Brief. Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,00 Geld, 25,00 Brief, Berlin 100 Billionen Reichsmark 138,278 Geld, 138,972 Brief, Neuyork 1 Dollar 5,8578 Geld, 5,8872 Brief, Holland 100 Gulden 217,83 Geld, 218,92 Brief, Paris 100 Franken 27,83 Geld, 27,44 Brief, Brüssel 100 Franken 24,29 Geld, 24,41 Brief.

Züricher Börse vom 29. Januar. (Amtlich.) Neuyork 5,79, London 24,60, Paris 26,90, Wien 0,0081½, Prag 16,72½, Italien 25,25, Belgien 23,90, Holland 215⅞, Berlin 1,35.

Eine Goldmark in Deutschland gleich 997,5 Milliarden Mark Geld, 1002,5 Milliarden Mark Brief nach dem amtlichen Berliner Kurs vom 28. Januar für Kabelauszahlung Neuyork.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtliche Auszahlungen in Mark	In Millionen 29. Januar		In Millionen 28. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland 1 Gld.	1566075	1573925	1556100	1563900
Buen.-Air. Pes.	1356600	1363400	1356600	1363400
Belgien 1 Frcs.	173565	174435	172568	173432
Norwegen Kr.	558600	561400	567578	570422
Dänemark Kr.	671318	674683	671318	674682
Schweden Kr.	1103235	1108765	1088273	1093727
Finnland 1 Mk.	104737	105263	104986	105514
Italien 1 Lire	184288	185212	183540	184460
England Pf. St.	17895800	18045000	17755500	17844500
Amerika 1 Doll.	4189500	4210500	4189500	4210500
Frankreich Fr.	195510	196490	192268	193232
Schweiz 1 Frc.	724185	726815	723181	726812
Spanien 1 Pes.	528675	531325	528675	531325
Tokio 1 Yen	1865325	1874675	1868325	1874675
Rio de Jan. 1 Milreis	458850	461150	458850	461150
Dtsch.-Oesterr. 100 Kr. abgest.*	59,351	59,649	59,351	59,649
Prag 1 Krone	120946	121554	121944	122556
Budapest 1 Kr.*	144,138	144862	144,138	144,862

* In tausend Reichsmark.

Die Landesdarlehnskasse zahlte heute für 1 Goldmark 2 262 000, 1 Silbermark 900 000, Dollar, große Scheine 9 525 000, kleine 9 429 750, Pfund Sterling 40 550 000, franz. Franken 440 000, Schweizer Franken 1 640 000, Złoty, Serie 2 1 450 000.

Aktienmarkt.

Kurse der Posener Börse vom 29. Januar. (Notierungen in 1000 Prozent.) Bankaktien: Bank Przemysłowców 1. bis 2. Em. 825—800. Bank Zw. Spółek Zarobk. 1.—11. Em. 1850. Polski Bank Handl., Poznań, 1.—9. Em. 700. Pozn. Bank Ziemian 1.—5. Em. 300. Bank Młynarzy 1.—2. Em. 80. — Industrieaktien: R. Barcikowski 1.—6. Em. 180. Browar Krotoszyński 1.—4. Em. 1200. H. Cegielski 1.—9. Em. (ohne Bezugsrecht) 225 bis 240. Centrala Rolników 1.—7. Em. 140—135. Centrala Skór 1.—5. Em. 900—875. Galwana 200. Goplana 1.—3. Em. 400. C. Hartwig 1.—6. Em. 375—400. Hartwig Kantorowicz 1.—2. Em. 1325—1500. Hurtownia Skór 1.—3. Em. 200. Herzfeld-Viktorius 1.—2. Em. 2000. Iskra 1.—3. Em. 750—800. Luban, Fabryka przetw. ziemn. 1.—4. Em. 20 000. Marynin Zakł. ogrodn. w Warszawie 150—160. Dr. Roman May 1.—4. Em. 10 500—10 000. Młyn Ziemiański 1.—2. Em. 390—410. S. Pendowski 1.—3. Em. 225. Płótno 1.—3. Em. 240—230. Papiernia, Bydgoszcz, 1.—4. Em. 250. Pozn. Spółka Drzewna 1.—7. Em. 600—560—570. Pneumatik 1. bis 4. Em. 60. Tartak we Wrześni 1.—2. Em. 60. Tkanina 1.—4. Em. 200—220. Tri 1.—3. Em. 900. „Unja" (früher Bentzki) 1. u. 3. Em. 2500. Wisła, Bydgoszcz, 1.—3. Em. 4400—4500. Wytwornia Chemiczna 1.—4. Em. 200. Zjed. Browary Grodziskie 1.—4. Em. 580. Tendenz: behauptet.

Produktenmarkt.

Danziger Getreidenotierung (amtlich) vom 29. Januar. Alles geschäftslos, unverändert.

Berliner Produktenbericht vom 29. Januar. Amtliche Produktennotierungen per 1000 Kg. ab Station. Weizen märkischer 147—150, Tendenz matt, Roggen märkischer 127—129, pommerscher 125—127, westpreußischer 124—126, matt, Braugerste 154—162, Futtergerste 140—150, still, Hafer märkischer 100—105, pommerscher 90—95, matt, Mais Waggon frei Hamburg 166, still, Weizenmehl per 100 Kg. 22½—25, ruhig, Roggenmehl 20½—22¼, ruhig, Weizenkleie 7,30, ruhig, Roggenkleie 6,40—6,50, matt, Raps 2,80—2,85, still, Leinsaat 4,25, still, Viktoriaerbsen 30—32, kleine Speiseerbsen 16 bis 20, Futtererbsen 11—13, Peluschken 12—14, Ackerbohnen 12—14, Wicken 16—18, blaue Lupinen 13—14, gelbe Lupinen 15—16, Serradelle 14—15½, Rapskuchen 10,10—10,40, Leinkuchen 22, Trockenschnitzel prompt 7½—7,80, Zuckerschnitzel 17,50—18, Kartoffelflocken 16,10—16,20.

Nichtamtliche Rauhfutternotierungen per 100 Kg. ab Station. Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 0,45—0,70, Haferstroh do. 0,35—0,50, Roggen- und Weizenstroh bindfadengepreßt 0,35—0,45, gebündeltes Roggenlangstroh 0,35—0,45, Heu gutes 0,95—1,35, do. handelsüblich 0,85—1,05.

Materialienmarkt.

Notierungen der Berliner Metallbörse vom 29. Januar. Preis für 1 Kg. in Goldmark. Raffinadekupfer (99—993 Prozent) 1,07 bis 1,08, Originalhüttenweichblei 0,54—0,56, Hüttenrohzink (im fr. Verkehr) 0,62—0,68, Remalted Plattenzink 0,51—0,53, Orignalh.-Alum. (98—99 Prozent) in Blöcken, Walz- oder Drahtb. 2,00, do. in Walz- oder Drahtb. (99 Prozent) 2,10, Bankazinn, Straitszinn und Australzinn 4,50—4,55, Hüttenzinn (mind. 99 Prozent) 4,40 bis 4,55, Reinnickel (98—99 Prozent) 2,30—2,40, Antimon (Regulus) 0,67—0,69, Silber in Barren, ca. 900 f. f. 1 Kg. 87,50—88,00.

Viehmarkt.

Bromberger Schlachthausbericht vom 30. Januar. Geschlachtet wurden am 26. Januar: 61 Stück Rindvieh, 9 Kälber, 93 Schweine, — Schafe, — Ziegen, 1 Pferd; am 29. Januar: 60 Stück Rindvieh, 57 Kälber, 210 Schweine, 14 Schafe, 3 Ziegen, 5 Pferde.

Es wurden den 29. Januar folgende Engrospreise für 1 Pfund notiert:

Rindfleisch:			Schweinefleisch:		
I. Kl.	1 600 000	M.	I. Kl.	1 400 000—1 500 000	M.
II. „	1 450 000	M.	II. „	1 350 000	M.
III. „	—,—	M.	III. „	—,—	M.
Kalbfleisch:			**Hammelfleisch:**		
I. Kl.	1 500 000	M.	I. Kl.	1 350 000	M.
II. „	1 200 000—1 400 000	M.	II. „	—,—	M.
III. „	1 000 000	M.	III. „	—,—	M.

Danziger Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht vom 29. Januar. In Gulden. Ochsen, vollfleischige, jüngere und ältere 42—46, Bullen, ausgem. höchsten Schlachtwerts 47—48, vollfleischige, jüngere und ältere 40—43, ausgemästete Färsen und Kühe höchsten Schlachtwerts 46—48, vollfleischige Färsen und Kühe 40—42, jüngere Kühe und Färsen 28—33, Jungvieh einschl. Fresser 30—38; feinste Mastkälber 75—80, gute Mastkälber 60—65, geringe Mast- und Saugkälber 30—35; Mastlämmer und junge Masthammel 38 bis 40, vollfleischiges Schafvieh 26—32; Fettschweine über 150 Kg. Lebendgewicht 59—60, vollfleischige von 120—150 Kg. Lebendgewicht 55—58, fleischige von 80—100 Kg. Lebendgewicht 53—55. Marktverlauf: Rinder ruhig, Kälber, Schafe und Schweine geräumt. — Die notierten Preise sind Schlachthofpreise. Die Erzeugerpreise (ab Verladestation) sind etwa 15 Prozent geringer.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 29. Januar in Zawichost — (1,99), Warschau — (2,63), Plock — (—), Krakau — (1,10), Thorn 2,23 (2,22), Fordon 2,17 (2,18), Kulm 2,22 (2,30), Graudenz 2,68 (2,74), Kurzebrak 2,60 (2,56), Montau 1,21 (1,12), Piekel 1,14 (1,00), Dirschau 1,40 (1,34), Einlage 2,72 (2,29), Schiewenhorst 2,80 (2,36) m. Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.

Aus technischen Gründen bitten wir unsere geschätzten Inserenten, für die Sonntags-Nummer bestimmte

größere Anzeigen

uns spätestens bis Donnerstag nachmittag resp. Freitag früh einer jeden Woche in Auftrag zu geben.

Geschäftsstelle „Deutsche Rundschau".

Das gestern (Dienstag) gefällte Urteil des Obersten Militärgerichts lautet: In teilweiser Berücksichtigung der Einspruchsklage der Verteidigung gemäß des § 358 der Militärprozeßordnung beschließt das Oberste M.-G., den ersten Teil des ersten Urteils betreffend Teilnahme am Bombenattentat in der Universität aufzuheben und eine erneute Verhandlung in erster Instanz anzuordnen.

Deutsches Reich.

Vor einem neuen Hitler-Putsch?

Der Vorsitzende des Bundes „Blücher" Dr. Schäfer hielt in einer Versammlung in Schrobenhausen eine Rede, die von Ausfällen gegen Kahr strotzte. Er teilte mit, daß in nächster Zeit noch vor dem Hitler-Prozeß ein Putsch stattfinden werde ähnlich wie der am 8. November. Aber dann würde man mit rücksichtslosester Gewalt vorgehen, alle Drähte abschneiden, alle Verkehrsmittel besetzen und die Städte absperren. Der Regierungsbaumeister Schäfer ist als einer der Kronzeugen aus dem Fuchs-Machhaus-Prozeß bekannt. Zu seinen Drohungen erklärt die zuständige Stelle, daß die Regierung diese Drohung ernst nehme und alle Vorkehrungen getroffen habe, um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu gewährleisten.

Wieder eine große Spende des Papstes.

Aus München wird gemeldet: Der Papst hat eine weitere Spende von einer Million Lire an die Nunziatur in München überwiesen, die für die Armen ohne Unterschied der Konfession in Deutschland bestimmt ist. Nunzius Pacelli hat den Betrag an die Zentralsammelstelle in Paderborn zur Verteilung geleitet.

Aus anderen Ländern.

Das neue lettische Kabinett.

Das neue lettische Kabinett ist ein Kabinett der Rechten. Es setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident. Außenminister und Justiz Rechtsanwalt Samuel, Finanzen Kalnin, Verkehr Kauluk. Krieg Birkenstein, Landwirtschaft Bauer, Kultus Stransberg.

Negerpräsident und Ehrenlegion.

Die französische Regierung hat dem Präsidenten der Negerrepublik Liberia, King. die Würde eines Großoffiziers der Ehrenlegion verliehen.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 30. Januar.

Ausweisungen und Staatsangehörigkeit.

Die deutsche Fraktion des Sejm bittet diejenigen ausgewiesenen Deutschen, welche glauben, auf die polnische Staatsangehörigkeit Anspruch machen zu können, um Angabe ihrer Adresse und kurze Schilderung des Sachverhaltes, damit sie in der Lage ist, ihre Ansprüche vor den Warschauer Behörden zu vertreten. Mitteilungen werden erbeten an die Fraktion in Warschau (Anschrift: Ziednoczenie Niemieckie w Sejmie, Warszawa) oder an die Geschäftsstellen in Pommerellen und Posen.

Der Termin für die Abgabe der Erklärungen zur Vermögenssteuer verlängert.

Warschau, 28. Januar. Das Finanzministerium teilt amtlich mit:

„Auf Grund eines Erlasses des Finanzministers vom 26. d. M. wird der Termin zur Abgabe der Erklärungen zur Vermögenssteuer durch sämtliche Personen, die zur Zahlung der Vermögenssteuer verpflichtet sind, bis zum 15. Februar d. J. verlängert.

Der Termin zur Einreichung der Verzeichnisse der Steuerzahler und ihrer Steuererklärungen durch die Gemeindebehörden wird bis Ende Februar d. J. verlängert."

Der Posttarif vorläufig unverändert.

Warschauer Blättermeldungen zufolge bleibt in der ersten Hälfte des Februar der Posttarif unverändert.

Das war zu erwarten, da der Valorisationswert des Goldfranken, also die Grundlage der Gebührenberechnung, während der letzten zwei Wochen stabil geblieben ist. Die zwei bis drei Überschreitungen des grundlegenden Kurses von 1 900 000 M. um 10 000—20 000 M. fallen als zu geringfügig nicht ins Gewicht.

§ Evangelische Hauskollekte. Die Wojewodschaft in Posen hat dem Evangelischen Erziehungsverein in Posen die Einsammlung einer Hauskollekte für den Monat Februar bewilligt. Die Sammlung dient der Fortführung des Werkes, das den evangelischen Erziehungsverein, das evangelische Kinderheim und das Lehrlingsheim miteinander vereinigt.

§ Die Valorisierung der Verbrauchssteuern in der Akzise- wie in der Monopolbesteuerung kommt in folgenden Sätzen zum Ausdruck: Zucker 35 Goldfr. für 100 Kilo, Streichhölzer 0,01 Goldfr. die Schachtel bis zu 60 Streichhölzern, Bier 0,02833 Goldfr. vom Liter 4proz. Bieres, Spiritus 2,20 bzw. 2,30 Goldfr. vom Liter 100proz. Spiritus, Schaumwein 2,20 Goldfr. von der Flasche Traubenschaumwein und 1,10 Goldfr. von der Flasche Obstschaumwein, Wein 20 Proz. des Verkaufspreises, Kohle 10—25 Proz. des Preises, inländische Preßhefe 0,60 Goldfr., ausländische Preßhefe 0,70 Goldfr. vom Kilo, Essigsäure 0,30 Goldfr. vom Kilo, Naphtha 13,65 Goldfr. von 100 Kilo Dichte 750—865°, Salz (nur im ehem. preußischen Teilgebiet) 7 Goldfr. von 100 Kilo, Tabakprodukte (im Verkauf): Zigarren von 0,09—0,40 Goldfr. das Stück, Zigaretten von 0,015—0,08 Goldfr. das Stück, Tabak von 7—15 Goldfr. das Kilo. Die Preise für Monopolartikel erfahren jede Woche eine Änderung nach dem am Freitag veröffentlichten Goldfrankkurs und gelten vom folgenden Montag bis zum Sonntag einschließlich.

§ Der heutige Wochenmarkt wies eine reichliche Zufuhr auf und zeigte auch recht regen Verkehr. Butter war reichlich vorhanden, und Eier in Massen, auch in ganzen Kisten, zu Markt gebracht. Die Durchschnittspreise, die in den frühen Vormittagsstunden verlangt wurden, hielten sich im ganzen in den bisherigen Grenzen, aber gezahlt wurden sie durchaus nicht in allen Fällen, so daß verschiedentlich Preisnachlaß eintrat und der weitere Marktverlauf wahrscheinlich noch weitere Senkungen gebracht haben wird. Wir notieren nachstehend die verlangten Durchschnittspreise: Butter 2—2,2 Mill., Eier 3 Mill., Enten bis 10 Mill., Gänse 14—20 Mill., Hühner 4—6 Mill., Puten (Pfund) bis 2 Mill.; Wrucken 100 000, Weißkohl, Mohrrüben und Rote Rüben 250 000, Rotkohl 300 000, Zwiebeln 500 000, Äpfel 600 000 bis 1 Mill.; Weißkäse 500 000, Tilsiter 1,6 Mill. M.

§ Die Schonzeit für Birkhühner und Fasanen beginnt für die Wojewodschaft Posen am 1. Februar.

§ Der Viehmarkt und Wochenmarkt, die auf den nächsten Sonnabend fallen würden, werden bereits am Freitag abgehalten, da Sonnabend, 2. Februar, gesetzlicher Feiertag (Mariä Lichtmeß) ist.

§ Den flotten Lebemann spielte eine ganze Zeitlang ein 18jähriger Jüngling namens Kluska aus Crone a. Br. (Koronowo). Vor mehreren Wochen waren einem dortigen Geschäftsmann 1200 Mark in Gold (Zwanzigmarkstücke) gestohlen worden, also nach Umrechnung ein Sümmchen, das eine mehrfache Milliardenhöhe in polnischer Mark bedeutet. Der Verdacht lenkte sich auf den eigenen Neffen des Geschäftsmannes und wurde dadurch noch verstärkt, daß dieser junge Mann gleich nach dem Diebstahl spurlos verduftet war. Nunmehr stellte er sich, mittellos, der hiesigen Polizei, und gestand ein, den Diebstahl begangen zu haben. Er habe alles Geld verjubelt und besitze jetzt nichts mehr.

§ Diebstähle. Eine Ziege gestohlen wurde gestern auf Geschäft der Grunwaldska wurde Mehl, Seife und andere Geschäft der Grundwaldska wurde Mehl, Seife und andere Waren im Werte von 200 Millionen, und in dem Fleischerladen Danzigerstraße (Gdańska) 44 Fleischwaren in größerer Menge gestohlen.

§ Verhaftet wurde ein gewisser Maximilian Ölberg, der in Palsch, Kr. Bromberg, einen großen Gelddiebstahl in Höhe von 3½ Milliarden verübt hat.

§ Festgenommen wurden gestern drei Sittendirnen und ein Betrunkener.

•

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Verband deutscher Handwerker i. P., E. V., Ortsgruppe Bromberg. Eintrittskarten zum 8. Zunftfest am 4. 2. 24 zu ermäßigtem Preise beim Kassenführer Friseurmeister Wruck, Wilhelmstr. 58. An der Abendkasse erhöhter Eintritt. (1230

Chor der Christus- und Pfarrkirche. Übungsstunde am Freitag, den 1. Februar d. J., im Konfirmandensaal der Pfarrkirche. Herren ½8 Uhr, Damen 8 Uhr. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht; Anmeldungen neuer Mitglieder, besonders Tenöre, werden erbeten. (1229

Deutsche Bühne Bydgoszcz. Eingetretener Hindernisse wegen muß die für heute angekündigt gewesene Vorstellung von „Tänzerin aus Liebe" verlegt werden. Näheres wird noch bekanntgegeben.

• • •

* Inowroclaw, 28. Januar. Ein Betrüger in der Rolle eines Spendensammlers wurde vor einigen Tagen vom hiesigen Kaufmann Tadeusz entlarvt und der Polizei überliefert. Es handelt sich um einen etwa 20jährigen jungen Mann, der vor einiger Zeit bei verschiedenen Kaufleuten und Direktoren „vorsprach", um von ihnen Beträge von 20, 15 und mindestens 10 Millionen Mark zu erschwindeln. Der junge Mann gab sich als Akademiker aus und gab vor, die Spenden für Aufklärungszwecke zu sammeln, und zwar war ihm besonders daran gelegen, die Stadt- und Landjugend vor den Einflüssen der „Roten" in Schutz zu nehmen. Der edle Spendensammler hatte den Erfolg, an einem Tage gegen 200 Millionen einzusammeln, bis ihn bei Herrn Tadeusz das Schicksal ereilte. Die Polizei hat sich des hoffnungsvollen jungen Mannes angenommen und ihn in sicheres Gewahrsam gebracht.

* Inowroclaw, 29. Januar. Beim Stehlen vom Zuge überfahren wurde heute in den frühen Morgenstunden der 18jährige Kazimierz Pietrzak, Synagogenstraße Nr. 15 wohnhaft, auf der Strecke Mątwy—Inowroclaw. Ihm wurden beide Beine bis zum Knie abgefahren. P. wurde in hoffnungslosem Zustande ins hiesige Kreiskrankenhaus übergeführt.

* Kolmar (Chodzież), 28. Januar. Am Mittwoch kam in ein Kaffeegeschäft der ul. Poznanska eine Frau und entnahm auf den Namen eines hiesigen Arztes Waren im Betrage von 86 Millionen. Bezahlung sollte innerhalb einer Stunde erfolgen. Als aber niemand bezahlen kam, wurde die Verkäuferin ängstlich und bekam auf Nachfrage den Bescheid, daß man keine Waren hatte holen lassen. Dieselbe Schwindlerin ging in das Drägersche Schuhwarengeschäft, wo sie auf den Namen einer Rittergutsbesitzerin 2 Paar Lackschuhe zur Ansicht mitnahm. Es gelang, die Schwindlerin in der Person einer hiesigen Arbeiterfrau zu ermitteln. Die Waren wurden noch vorgefunden.

* Posen (Poznań), 29. Januar. Der hiesigen politischen Polizei entging nicht die intensive Tätigkeit, welche die kommunistische Partei in den letzten Monaten in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen entwickelte. Einige Haussuchungen, die der Polizei stark belastendes Material in die Hände lieferten, führten zur Verhaftung dreier Personen. Einer der Verhafteten hatte, wie die „Pos. N. N." berichten, eine leitende Stellung bei dem „Polski Związek klasowy" inne. Der zweite Verhaftete, scheinbar ein russischer Jude, arbeitete mit sehr raffinierten Mitteln und unter Benutzung falscher Ausweispapiere, was die Ermittelungstätigkeit der Polizei ungemein erschwerte. Der dritte Verhaftete wurde als Kurier benutzt und verteilte besonders Flugschriften unter die Landbevölkerung. Mehrere hundert Flugschriften wurden auch in den Vororten Lazarus, Jersitz und Wilda verteilt.

Die Krise in der polnischen Industrie.

Im Zusammenhang mit der Durchführung der Valutareform erleidet die polnische Industrie eine Krisis, deren Stärke von der Industriegattung abhängt. Im Allgemeinen wird die Lage immer schwieriger. Schon heute sind die Herstellungskosten in der polnischen Industrie so hoch, daß die Konkurrenz mit ausländischen Erzeugnissen auf dem Auslandsmarkte immer schwieriger wird. Der frühere russische Absatzmarkt, der eine große Aufnahmefähigkeit hatte, besitzt jetzt für den Industrieabsatz fast gar keine Bedeutung, und die Erschließung und Gewinnung von neuen Absatzgebieten, von deren Erhaltung nicht zu reden, ist schwer. Auch der Innenmarkt wurde immer schwächer infolge Verarmung breiterer Konsumentenmassen. Die anwachsende Papiergeld-Inflation war die Ursache hiervon. Einen gewissen Einfluß hat auch das rein psychologische Moment ausgeübt; daß die Kaufleute an schnelle und bedeutende Gewinne gewohnt waren, und die Umstellung auf normale Grundlage nicht so leicht ist. Diese Gewinne wurden noch bedeutend vergrößert durch den Umstand, daß bei den Regierungskrediten die Rückerstattung in entwerteter Mark stattfand. Ebenso komplizierte die Lage der Industrie der Mangel an Umlaufsgeld, eine Folge der Entwertung des Zahlungsmittels auf dem Innenmarkte.

Die wichtigste Aufgabe der Industrie im jetzigen Augenblick ist die Verminderung der Herstellungskosten zwecks leichteren Absatzes der Ware in größeren Massen auf dem Innenmarkte und Vorstoß auf dem Außenmarkt. Auf diese Weise würde man die Krisis überstehen können und den Beginn von normalen Zeiten abwarten.

Es zeigt sich ferner die Notwendigkeit, in den Fabrikanlagen neue moderne technische Einrichtungen einzuführen, um dadurch einerseits die Produktion zu heben, andererseits die Herstellungskosten zu verringern. Weiter ist auch eine Reform der ökonomischen Grundlagen der Unternehmungen notwendig. Für die Produktion ist billiger Rohstoff in genügender Menge und rechtzeitig erhältlich, von großer Bedeutung. Es muß einerseits der Bezug der inländischen Rohstoffe richtig organisiert werden, andererseits müßte man den Einfuhrzoll auf aus dem Auslande bezogene Rohstoffe ermäßigen, wenn nicht gar in manchen Fällen vollständig aufheben. Daran schließt sich eng die Einführung einer bequemen und billigen Kommunikation und Regelung der Eisenbahnfrachtgebühren im Interesse des Wirtschaftslebens und besonders der Industrie. Es ist klar, daß der Zolltarif den Bedürfnissen des Landes angepaßt sein muß; eine Revision des Zolltarifs genügt nicht, es muß eine vollständige Neubearbeitung stattfinden. Nach Durchführung der Finanzreform wird dieses unumgänglich werden.

Ein wichtiger Produktionsfaktor ist billiger Kredit. Der bisherige Markkredit war im großen und ganzen eine Subventionierung der Industrie durch den Staat. Nach Durchführung der Finanzreform wird der Wert des Umlaufgeldes größer und die Regierung wird imstande sein, nicht im Wege von Subventionen, sondern durch Gewährung von billigem und genügendem Kredit der Industrie zu helfen. Die Arbeitslöhne sind verhältnismäßig niedrig, obgleich sie sich in den letzten Wochen etwas gebessert haben. Im Falle weiterer Lohnerhöhungen wäre es nach Ansicht der Industriellen notwendig, die Arbeitszeit zu verlängern, d. i. vom achtstündigen Arbeitstage Abstand zu nehmen und einen längeren Arbeitstag für denselben Lohn einzuführen. Im jetzigen Augenblick ist dieses unmöglich und würde nur die Arbeitslosigkeit vergrößern. Die Vergrößerung der Aufnahmefähigkeit und Kaufkraft des inneren Marktes ist unumgänglich notwendig, ohne diese ist kaum daran zu denken, die Industriekrisis zu überwinden.

Kleine Rundschau.

* Der noch Gröbere. Über die Umstände, unter denen der vor wenigen Tagen verstorbene Schweninger Bismarcks Leibarzt wurde, wird erzählt: Bei der ersten Konsultation stellte Schweninger an Bismarck eine Reihe von Fragen über sein Befinden und seinen Gesundheitszustand. Bismarck herrschte ihn an: „Merken Sie sich, daß mir solche Fragen zuwider sind. Ich will nicht gefragt sein." — Ruhig antwortete Schweninger: „Wenn Durchlaucht nicht gefragt sein wollen, so müssen Sie sich an einen Vieharzt halten. Die fragen nicht." — Bismarck stutzte, lachte und sagte: „Fragen Sie weiter." Der große Grobian hatte einen noch gröberen gefunden und das imponierte ihm. So wurde Schweninger Bismarcks Leibarzt.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki, Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Lest das Blatt der Deutschen in Polen: die „Deutsche Rundschau".